

# DISS-Journal

Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung



37 (2019)



Der damalige SPD-Parteichef Oskar Lafontaine mit der damaligen Jusos-Vorsitzenden Andrea Nahles 1996 auf dem außerordentlichen SPD-Jugendparteitag in Köln. Quelle: picture-alliance/dpa

## Hegemoniekrise und autoritäre Entsprechungen

Der Neoliberalismus als Regulationsform des Kapitalismus befindet sich im Krisenmodus. Rechtspopulistische und nationalistische Parteien und Bewegungen fordern als Konsequenz autoritäre Antworten, nicht nur in der Flüchtlingspolitik. Die Wahlen zum Europaparlament haben gezeigt, dass ihre chauvinistischen Erklärungen der Krise bei vielen Menschen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Gleichzeitig ist zu sehen, dass traditionelle Volksparteien große Teile ihrer Wählerbasis verloren, sie ihre Glaubwürdigkeit bei vielen Menschen eingebüßt haben. Der rechte und nationalistische Diskurs hat in den letzten Jahren immer mehr an Stärke gewonnen und Eingang in nationale wie europäische Institutionen gefunden. Krisen werden zunehmend autoritär bearbeitet, was sich u.a. gegenüber der griechischen Syriza-Regierung und der Bevölkerung gezeigt hat. Im Kampf gegen eine zunehmende Anzahl von Flüchtlingen in Europa, im Kampf gegen einen islamistischen Terror und gegen eine Weltsituation, die zunehmend unsicherer und viele Menschen ratloser macht, weil alte Gewissheiten nicht mehr vorhanden sind, betont das „Europäische Staatsapparate-Ensemble“ (Lukas Oberndorfer), dass Lösungen nicht national, wie es die rechtspopulistischen Parteien fordern, sondern nur auf europäischer Ebene erfolgreich sein können: europäisches Grenzregime, europäische Sicherheitspolitik, ja sogar der Aufbau einer europäischen Armee. Autoritäre Antworten, um der Krise zu begegnen. Allerdings gibt es dabei Konflikte und Kämpfe um die jeweiligen nationalen Beteiligungen und Finanzierungen. Während im Bereich der Ökonomie weitere Integrationen eher nicht erwünscht sind, werden sie im sozialen Bereich deutlich abgelehnt. Autokratische Potentaten, nicht nur in Europa, machen sich daran, demokratische Errungenschaften ab- und rechtsstaatliche Ordnungsstrukturen umzubauen. Dabei geht es auch um das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus.

### Aus dem Inhalt

- Kontinuitäten und Brüche aktueller Fremdheitsbilder
- Das Europabild der AfD
- Das Interesse neurechter Vordenker an Marx
- Der Mueller-Report: Zwischen Ernüchterung, Entsetzen und Realpolitik
- Brexit vor und nach der Europawahl
- Grundgesetz und Menschenrechte
- Geschlechterverhältnis und Kapitalismus
- Entfremdung, Identität und Utopie
- Das DISS auf der Bundesgartenschau

### Impressum

DISS-Journal, hg. vom  
Duisburger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg  
Tel.: 0203/20249  
Fax: 0203/287881  
info@diss-duisburg.de  
www.diss-duisburg.de  
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:  
Helmut Kellershohn,  
Jobst Paul, Wolfgang Kastrop

Layout: Hans Uske,

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder des  
DISS-Förderkreises

# „An allem sind die Ausländer schuld..“

## Rechtspopulistische Kontinuitäten und Brüche aktueller Fremdbilder<sup>1</sup>

Thomas Kunz

Der Analysegegenstand „(Re-)Präsentation von MigrantInnen in den Medien“ erscheint angesichts der zunehmend von völkisch-rassistischen Untertönen durchzogenen gesellschaftspolitischen Debatten hochaktuell. Andererseits ließe sich bezüglich dieses Gegenstandes kritisch einwenden, dass es ein altbekanntes Thema ist und die Bilder hinreichend bekannt. Umso mehr erfordert die Analyse des gegenwärtigen Diskurses eine Rekonstruktion seines historischen Vorlaufes. Nur dann kann angesichts signifikanter Kontinuitäten hinsichtlich der Darstellung sog. MigrantInnen und der gegenwärtigen Behandlung des Phänomens Migration in den (Massen-)Medien geklärt werden, worum es in der Analyse aktueller Fremdbilder geht bzw. welche Aspekte bislang zu wenig Berücksichtigung fanden. Ein rekonstruktives Erinnern im Sinne historisch sich vergewissernder Analysen ist geboten, um tendenziell zeitlich isolierten Betrachtungsweisen zu entgehen. Dramatisierende Stilisierungen und Zurechtweisungen des Konstrukts „Fluchtzuwanderung“ im gegenwärtigen Migrationsdiskurs, d.h. seit ca. 2015/16, die als medial vermittelte Aktualität beanspruchen, bisher Gewesenes qualitativ und quantitativ zu überbieten bzw. diesem eine neue, bedrohlichere Qualität zu unterstellen, sind kritisch dahingehend zu hinterfragen, ob dieser Eindruck nicht aus der medialen Aktualitätslogik resultiert. Es geht nachfolgend darum, Kontinuitäten und ggf. Unterschiede des Migrationsdiskurses in Bezug auf seinen bisherigen historischen

Verlauf zu identifizieren, um die Kritik am gegenwärtigen Diskurs auf dieser Erkenntnisgrundlage zu präzisieren.

Der vorliegende Beitrag versucht, aktuelle Fremdbilder als Anstoß für eine Relektüre historisch zurückliegender Medienbilder zu begreifen, um daraus wiederum Anforderungen für die Analyse und Kritik der aktuellen Debatte abzuleiten und etwaige Desiderata zu identifizieren.

### Bilder von Fremden und Bilder des Eigenen

Die Termini ‚Bilder von Fremden‘ bzw. ‚Fremdbilder‘ werden im Folgenden als Oberbegriff für all jene Zuschreibungsroutinen und Konstrukte verstanden, die auf national oder ethnisch-kulturell begründete Nichtzugehörigkeitspositionen im Kontext von Migration abheben. Konstruktionen von Fremdbildern beinhalten zudem immer die (Selbst-)Vergewisserung über Eigengruppenzugehörigkeiten: „Eine Gesellschaft, zu deren grundlegenden Ordnungsschemata die Unterscheidung in natio-ethno-kulturell Zugehörige und Nichtzugehörige zählt [...]“ (Greschke 2016, 123), „[...] braucht Migration als Thema bzw. Migranten als Sozialfiguren zur gesellschaftlichen Selbstbeschreibung, denn ohne ‚die Anderen‘ gäbe es kein ‚Wir‘“ (ebd.). Indem „Distanz zu der anderen Gruppe hergestellt wird, wird die Zugehörigkeit zu der eigenen Gruppe definiert“ (Foroutan/Íkiz 2016, 142). Davon ausgehend, dass die *andere* und die *eigene* Gruppe aber nicht einfach präexistent sind, kommt gesellschaftlichen Konstruktionsprozessen, die jene Gruppen als soziale Realitäten überhaupt erst hervorbringen, große Bedeutung zu. Diese Prozesse sind in Bezug auf die Dimension ethnische Herkunft/Migration historisch länger beobachtbar und Gegenstand kri-

tischer Forschung. Das Thema Migration hat sich zu einem „gesellschaftsstrukturierenden Metanarrativ entwickelt, das vielfach als allgemein erklärende Kategorie für in der Regel gesellschaftliche Missstände herangezogen wird“ (Foroutan/Íkiz 2016, 139), mittels der Sagbarkeitsräume immer weiter zugunsten rechter Ideologie verschoben werden.

### Gegenwärtige Bilder von Fremden

Die Auseinandersetzung mit medialen Fremdbildkonstruktionen im Kontext von Migration macht deutlich, wie und auf welche Weise gesellschaftliche Zuschreibungen wirkmächtig sind und sowohl als konstituierende Bestandteile wie als Verstärker sozialer Aus- wie Eingrenzungsprozesse aufgefasst werden müssen. Im massenmedial vermittelten Migrationsdiskurs sind die Betonung besonderer Bedrohlichkeit, z.B. durch Kriminalität, Religionszugehörigkeit, sowie die Wahrnehmung Geflüchteter als illegitime KonkurrentInnen bei Sozialleistungen oder auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt dominant. Stichwortartig sind darüber hinaus folgende Merkmale prägend für den Zuwanderungsdiskurs: Delegitimierung Geflüchteter bzw. von Fluchtmotiven, die wir/sie-Dichotomie, kollektivsymbolische Darstellungen mittels Naturkatastrophenmetaphern („Flüchtlingsfluten“ u.ä.), die Behauptung der Feststellbarkeit sog. Belastungsgrenzen, der limitierten Integrationsfähigkeit sowie die Unterstellung einer Überforderung von „uns“/der Aufnahmegesellschaft oder etwa die Befürchtung, „wir“ würden Minderheit (im eigenen Land). Diese Topoi gehen einher mit Forderungen nach Zuwanderungsbegrenzung und Abschiebung. Es lassen sich zwar auch Muster von Positivkonnotationen identifizieren, diese sind

<sup>1</sup> Bei dem Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung des Aufsatzes „Bilder von Fremden *revisited* – Migration in den Medien im Kontext des Erstarkens (neo-)rassistischer und (neu-)rechter Positionen“, erschienen in *Migration und Soziale Arbeit*, Heft 4/2018.

aufgrund der Dominanz der Negativbilder jedoch vernachlässigbar und brechen nicht die Binarität der wir/sie-Gruppen-Gegenüberstellung.

Zudem war in den unmittelbar zurückliegenden Jahren die Intensivierung einer thematischen Kopplung von Flucht-, Migrations- und Armutsdiskursen beobachtbar (vgl. Kunz 2017). Diese Kopplung in Gestalt der Aktualisierung herrschender Fremdbilder sowie die in Teilen der Gesellschaft beobachtbare Restauration ethnisch-völkischer Homogenitätsphantasien leisteten eine Umcodierung vertikaler Verteilungskonflikte und Teilhabeauschlüsse und verlagerten diese in eine horizontale Konkurrenz zwischen national als „fraglos zugehörig“ und national als nicht oder „prekär zugehörig“ Wahrgenommenen (Mecheril 2002, 113f.). Ängste vor sozialem Statusverlust werden einerseits verstärkt und andererseits zugleich ethnisiert.

Die Kopplung quantifizierender (z.B. dramatisierende Hinweise auf Zahlenzuwächse) mit qualitativen Argumentationen (z.B. Betonung von Gefährlichkeit, Nichtsteuerbarkeit etc.) evoziert Behauptungen einer realen Notstandssituation. Zuwanderung wird verschwörungstheoretisch als politisch intendierter und gesteuerter „Bevölkerungsaustausch“ dargestellt. Dementsprechend bestünde ein Gebot zum „Widerstand“ des „Volkes“ gegen die „Eliten“. Beobachtbar ist das Einsickern solcher rechter Ideologeme bis hinein in die

Regierungsparteien, wenn z.B. der CSU-Politiker Seehofer von einer „Herrschaft des Unrechts“ (SZ v. 10.02.2016) spricht. Gründung sowie Erstarken rechter Parteien und eines rechtspopulistischen Protestspektrums werden wiederum als Folge von Zuwanderung umgedeutet. Dass sich diese Kräfte insbes. auf das Migrations-thema kaprizieren, ist nicht zu bestreiten. Dennoch sind Rechtspopulismus und -extremismus nicht deren Folge, vielmehr existieren antiliberaler, antidemokratischer sowie völkischer und nationalistischer Ideologien länger und unabhängig davon und bedienen sich gerne dieses Themas, um sich politische Geltung zu verschaffen.

Parteien der sog. bürgerlichen Mitte schieben in Folge dessen auf als stärker werdendes rechtes Randphänomen konstruierte gesellschaftliche Bevölkerungsteile, befürchten (weitere) Stimmverluste und versuchen diese „zurückzugewinnen“, indem sie rechte Positionen variiert übernehmen.<sup>2</sup> Bedenklich ist zudem, dass die aktuell beobachtbare gefährliche politische Entwicklung in eine historische Phase fällt, in der die wirtschaftlichen Eckdaten in der BRD als relativ positiv angesehen werden. Im Zuge einer Rezession ist eine weitere Zuspitzung der umrissenen Dynamik zu befürchten.

<sup>2</sup> So Alexander Dobrindt mit seiner Forderung nach einer „konservativen Revolution“ (Die Welt v. 01.03.2018)

### Fremdbilder und deren Analyse: kein neues Phänomen

Auf Basis dieses Befundes ist eine historische Kontinuität in der Grundtendenz medialer Berichterstattung zu Migration zu konstatieren: „Spätestens seit den [1980ern] ist der Einwanderungsdiskurs [...] ein Problemdiskurs“ (Jäger/Wamper 2017: 181). Die in diesem Zitat enthaltene Zeitangabe „spätestens“ impliziert die Konstruktion von Migration und Zuwanderung als problematische Phänomene, die historisch auch schon vor dieser Zeit beobachtbar waren. Die Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin Martina Thiele identifiziert den Anfang der 70er Jahre als Beginn mit der Beschäftigung „der Frage der medialen Repräsentation“ (Thiele 2015, 180) und diagnostiziert im weiteren zeitlichen Verlauf eine Intensivierung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung sowie eine Differenzierung von Studien und Analysen zu dieser Forschungsfrage. Thiele betont hierbei jedoch, „dass das Thema ‚Ausländer in Deutschland‘ erst Mitte der 1980er verstärkte Aufmerksamkeit in der Kommunikationswissenschaft erlangt“ (ebd., 182). Dass bereits in der frühen Phase der Analyse der medialen Präsentation, d.h. Anfang der 70er, wesentliche der bis heute dominanten Bilder und Topoi vorfindbar waren, belegt eine inhaltsanalytische Studie aus dem Jahr 1972. Sie zeigt ferner, dass weder die kritische Analyse von Fremdbildern in den Medien noch die einschlägigen Befunde ein neues Phänomen sind. So resümierte Delgado in seiner Studie über „Die Gastarbeiter in der Presse“, dass „das Außergewöhnliche, das, was aus dem Rahmen fällt [als interessant gilt; T.K.]“ (Delgado 1972, 127). Negative Aspekte fänden überproportional mediale Beachtung und Erwähnung (vgl. ebd., 126f.), darüber hinaus werden bestimmte Themen „durch die Form der Darstellung bzw. durch Verallgemeinerung und Stereotypen ‚leitbildgemäß‘ gemacht [...]“. Die häufige Wiederholung der negativen Aspekte im Verhalten der ausländischen Arbeitnehmer führt zu einer Einteilung der gesellschaftlichen Gruppen in ‚Angepaßte‘ und ‚Unangepaßte‘, ‚Einheimische und Ausländer“ (ebd., 127f.).

„Die neue Qualität aktueller Fremdbilder scheint folglich mehr darin zu bestehen, dass die im Diskurs vorfindbaren (neo-)rassistischen Positionen und rechtsextremen Ideologeme nun als eher *unpolitische* Befunde gelten. In den 80ern wurde in den Artikeln noch klar wahrgenommen, dass es sich bei den Aussagen um rechte Positionen bzw. die Übernahme rechter Positionen handele. Aktuell wird eine solche Einordnung zum Streitpunkt oder in Abrede gestellt.“

Fremdheitszuschreibungen reichen historisch durchaus noch weiter zurück (vgl. Oltmer 2009). Erweitert man den historischen Analyserahmen um die Zeit vor der Gründung der BRD, wird deutlich, dass Versuche restriktiv-repressiver Migrationskontrolle sowie einige der heute geläufigen Motive und Diskursfiguren solcher Bilder auch zuvor schon existent sind (vgl. Bade/Oltmer 2007; Fahrmeir 2008).

### Zurück in die 80er...

Nimmt man die 80er und den damaligen Migrationsdiskurs etwas genauer in den Blick, lassen sich bemerkenswerte Parallelen hinsichtlich der heute vorfindbaren Topoi und Diskursfiguren erkennen. Im Folgenden werden anhand kurzer Auszüge aus zwei Artikeln des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* (Ausgabe 18/1982) einzelne Aspekte explorativ und cursorisch angerissen.

Unter der Überschrift „Ausländer: ‚Das Volk hat es satt‘“ berichtete *Der Spiegel* über verbreitete Positionen der deutschen Wohnbevölkerung zu AusländerInnen: „Rechte ‚Bürgerinitiativen für Ausländerstopp‘ bereiten Volksbegehren vor [...]. Sozialdemokraten befürchten Stimmenverluste und fordern eine ‚Trendwende zum Realismus‘ im Umgang mit Gastarbeitern und Asylbewerbern. Hessens Ministerpräsident Börner: ‚Mit Integration kommen wir nicht durch.‘“ (Spiegel 18/1982, 32) Es wird deutlich, dass auch in den 80ern jenes o.g. Schielen auf den ‚rechten Rand‘ und drohende Stimmenverluste die Reaktionen von Regierungsparteien und PolitikerInnen bestimmten und eine Rechtsverschiebung des Diskurses, inkl. der daraus abgeleiteten Forderungen, beobachtbar war:

„Eine seltsame Allianz ist in der Bundesrepublik entstanden: Von Rechtsaußen bis nach links reicht die Riege jener Westdeutschen, denen es nun reicht mit dem Zustrom von Ausländern. Unisono klingt es bei Arbeitern wie Akademikern, National- und neuerdings auch bei Sozialdemokraten: Ausländer – nein danke. Zu kaum einem anderen Thema hat sich die Ansicht so vieler Bürger in den vergangenen Jahren so grundlegend gewandelt wie zu Aus-

länderfragen. Nicht mehr eine Minderheit von 39 Prozent, wie noch 1978, sondern eine Mehrheit von 66 und 68 Prozent der Westdeutschen sprach sich in Umfragen der Meinungsforschungsinstitute Infas und Emnid dagegen aus, daß ‚Gastarbeiter, die hierbleiben wollen, die Möglichkeit erhalten, für immer zu bleiben‘ [...]. Zwei Drittel der Befragten bejahten die Forderung, die Ausländer ‚sollten wieder in ihr Land zurückkehren.‘“ (Ebd.)

Auch schon damals, d.h. fast drei Jahrzehnte vor den auflagensteigernden Metekeln Sarrazins & Co. wurden ähnliche Forderungen artikuliert, die im Kern eine ethnisch-völkische Homogenität der deutschen Wohnbevölkerung beschworen, auch damals schon im sozialdemokratischen Spektrum: „[...] was der SPD-Kommunalexperte Martin Neuffer fordert, unterscheidet sich nur noch in Nuancen von den Thesen rechter Ausländerstopper: [...] Es solle [den Deutschen] ihr ‚Recht‘ gewahrt werden, ‚in einem deutschen und nicht in einem Vielvölkerstaat zu leben.‘“ (Ebd., 35)

Diese Positionen sind bereits ein Vorgriff auf die heute vernehmbare rechte Propaganda vom „Volkstod“, einer „Umvolkung“ oder vom „großen Austausch“ (vgl. Kopke 2016, 56f.). Eine „Wir-sind-das-Volk“-Rhetorik sowie der „Wir-hier-unten-gegen-die-da-oben“-Topos sind ebenfalls Anfang der 80er identifizierbar. Das Konstrukt der ethnisierten Ressourcenkonkurrenz, die Figur der Belastung des Sozialstaates und auch die „Widerstands“-Drohung des Pegida-Spektrums scheinen durch. All das ohne die Möglichkeit, als Enttäuschungssyndrom ehemaliger DDR-BürgerInnen im sog. Osten entsorgt werden zu können: „Anonyme Flugblätter wecken Ängste: ‚Möchten Sie Ihre Wohnung für einen Ausländer räumen? Denken Sie an Ihre Rente, wofür wir Ausländer bezahlen müssen... Uns gehört Deutschland. Wir werden bald die Überzahl haben – dann geht’s rund.‘“ (Ebd.)

Unter der Titelzeile „Ausländerfeindlichkeit: Exodus erwünscht“ wird in einem zweiten Beitrag desselben Heftes berichtet: „An allem sind die Ausländer schuld: ‚daß ganze Wohnviertel verkommen und verdrecken‘ und daß es eine ‚hohe Krimi-

nalität‘ gibt und daß ‚die Mieten so ansteigen‘ und daß man sich im eigenen Ort ‚als Deutscher nicht mehr wohl fühlen kann und bedroht fühlt‘. Es sind insbesondere Ausländer, die hierzulande ‚den Rauschgifthandel betreiben‘ und ‚deutsche Frauen belästigen‘. Manche dieser Meinungen könnte aus den Pamphleten jener Pseudo-Parteien stammen, mit denen neuerdings NPD-Mitglieder und Gleichgesinnte unter Bezeichnungen wie ‚Bürgerinitiative für Ausländerstopp‘ bei Wahlen auftreten. [...] Doch jede dieser Ansichten wird von mindestens jedem dritten Deutschen vertreten, und für einige finden sich sogar Mehrheiten [...]. Die meisten Deutschen meinen auch zu wissen, daß ‚die Ausländer mit ihren vielen Kindern oft nur deshalb zu uns kommen, weil sie das hohe Kindergeld kassieren wollen, das wir mit unseren Steuern bezahlen.‘“ (Ebd., 37)

Die kurzen Auszüge aus den *Spiegel*-Beiträgen zeigen: Die gegenwärtig dominanten Fremdbilder samt gesellschaftspolitischen Reaktionen finden sich bereits in den 80ern mit teils erstaunlichen Parallelen.

### Déjà-vu oder: Was ist das eigentlich Neue an der aktuellen Situation?

Die explorative Kurzanalyse liefert Hinweise auf ‚Wiederholungen‘ von Bildern im derzeit laufenden Zuwanderungsdiskurs bzw. auf eine bestimmte Qualität der Aussagen über als „Fremde“ markierte Menschen. Das *Neue* sind die veränderten gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse, innerhalb derer sich besagte Wiederholungen beobachten lassen. Die neue Qualität aktueller Fremdbilder scheint folglich mehr darin zu bestehen, dass die im Diskurs vorfindbaren (neo-)rassistischen Positionen und rechtsextremen Ideologeme nun als eher *unpolitische* Befunde gelten. In den 80ern wurde in den Artikeln noch klar wahrgenommen, dass es sich bei den Aussagen um rechte Positionen bzw. die Übernahme rechter Positionen handele. Aktuell wird eine solche Einordnung zum Streitpunkt oder in Abrede gestellt. In dieser Entpolitisierung rechter Diskurspositionen, so die These, liegt die besondere und vor allem hochproblematische

sche neue Qualität des aktuellen Diskurses im Vergleich zu den historischen Vorläuferphasen.

Hinzu tritt, dass bei bisherigen Analysen von Fremdeheitsbildern nachvollziehbar auf klassische Massenmedien abgehoben wurde. Das kritisch-reflexive Aufgreifen der Medienkritik, die z.B. Anfang der 90er an der Berichterstattung zur Zuwanderung von asylsuchenden Menschen, über damalige rassistisch motivierte Brandanschläge und Morde sowie die Asylrechtsverschärfungen artikuliert wurde, kehrt sich mittlerweile um bzw. wird konterkariert durch diametral entgegengesetzte Forderungen, die von einem konträren gesellschaftlichen Spektrum erhoben werden. Bereits dass Medien und MedienvertreterInnen sich zu veröffentlichten Beiträgen erklären oder meinen, sich erklären zu müssen, indiziert eine Rechtsverschiebung des Diskurses. Insofern erscheint es naheliegend, die gegenwärtigen Fremdeheitsbilder eben auch als eingebettet in eine Medienkritik von rechts („Lügenpresse“, „Political Correctness“) zu betrachten. Sie sind Bestandteil einer lange Jahre andauernden gesellschaftlichen Entwicklung und ein Ergebnis rechter Diskursinterventionen. Aus diesem Grunde lautet das abschließende Plädoyer, sich bei der Analyse aktueller wie künftiger Fremdeheitsbilder einerseits ihrer historischen Vorläufer zu vergewissern, d.h. ihrer Unterschiede ebenso wie ihrer frappierenden Kontinuitäten. Andererseits sind jedoch wesentlich stärker die politische Relevanz und (Re-)Etablierung rechter Strategien zur Erlangung kultureller Hegemonie und die daraus resultierende Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in die Analyse einzubeziehen. Mögen die neuen Fremdeheitsbilder in Teilen auch die Alten sein, ihre neue, hochproblematische Qualität speist sich vor allem aus den veränderten, politisch noch weiter nach rechts verschobenen gesellschaftlichen Verhältnissen.

#### Literatur

Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen 2007: Deutschland, in: Enzyklopädie. Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur

Gegenwart, hrsg. von Klaus J. Bade u.a., Paderborn, 141-170.

Delgado, Manuel J. 1972: Die Gastarbeiter in der Presse, Opladen.

Fahrmeir, Andreas 2008: Klassen-Grenzen: Migrationskontrolle im 19. Jahrhundert, in: Rechtsgeschichte 12/2008, 125-138.

Foroutan, Naika/Ikiz, Dilek 2016: Migrationsgesellschaft, in: Handbuch Migrationspädagogik, hrsg. von Paul Mecheril, Weinheim und Basel, 138-151.

Greschke, Heike 2016: Medien, in: Handbuch Migrationspädagogik, hrsg. von Paul Mecheril, Weinheim und Basel, 121-137.

Jäger, Margarete/Wamper Regina (Hg.) 2017: Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016; <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf> (Abruf: 19.06.2018).

Kopke, Christoph 2016: Verschwörungsmymen und Feindbilder in der AfD und in der neuen Protestbewegung von rechts, in: NK Neue Kriminalpolitik 1/2017, 49-61.

Kunz, Thomas 2017: Bilder von Fremden. Konstruktionen nationaler (Nicht-) Zugehörigkeit als Voraussetzung sowie Bestandteil sozialer Ausgrenzung, in: Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, 3. Auflage, hrsg. von Ernst-Ulrich Huster u.a., Wiesbaden, 287-312.

Mecheril, Paul 2002; Natio-kulturelle Mitgliedschaft – ein Begriff und die Methode seiner Generierung, in: Tertium Comparationis. Journal für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft, Vol. 8, No. 2, 104-115.

Oltmer, Jochen 2009: Etikettierungen, Projektionen und Hierarchisierungen. Fremde in Deutschland von 1871 bis in die Gegenwart, in: Fremde? Bilder von den ‚Anderen‘ in Deutschland und Frankreich seit 1871, hrsg. von Rosmarie Beier-de Haan und Jan Werquet, Dresden, 16-27.

Thiele, Martina. 2015. Medien und Stereotype. Konturen eines Forschungsfeldes. Bielefeld.



Siegfried Jäger / Jens Zimmermann (hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS)

**Lexikon Kritische Diskursanalyse**  
Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast  
144 S., 16 Euro

Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger  
**Kritische Diskursanalyse**

Eine Einführung  
Nachdruck der 6. vollständig überarbeiteten Auflage  
Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast  
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Siegfried Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositivanalytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

# Das Europabild der AfD

Von Helmut Kellershohn

In ihrem neuesten Programm, dem Europawahlprogramm 2019, knüpft die AfD an ihre bisherigen Vorstellungen einer Renationalisierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik nahtlos an. Sie lehnt einen „wie auch immer gearteten“ europäischen „Gesamtstaat“ (EP 7), einen „europäischen Superstaat“ (EP 11) „mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung“ (EP 11) ab. Zur Begründung verweist sie darauf, dass es für ein „solches Gebilde weder ein Staatsvolk“ gebe, noch dass dieses Gebilde „über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität“ (EP 7) verfügen würde. Die europäischen „Kulturen, Sprachen und nationale[n] Identitäten“ seien „durch Jahrhunderte dauernde, geschichtliche Entwicklungen entstanden“ (EP 11), eine europäische Identität sei daher eine „Illusion“ (EP 11). Im Gegenteil beruhe die „politische, ökonomische und soziale Stärke Europas“ gerade auf „der Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen“ (EP 11). Die AfD macht sich also die ethnopluralistische Argumentation der Neuen Rechten zu eigen, um gegen die „Idee der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘“ zu polemisieren. Die AfD wendet sich gegen diese Idee, deren Realisierung ja noch in weiter Ferne liegt, um bestimmte Entwicklungen, die ihrer Meinung nach in diese Richtung weisen *könnten*, in ihrem Europa-Programm zu kritisieren. Andererseits unterbreitet sie eine Gegenidee, die sich am gaullistischen Ideal eines „Europas der Vaterländer“ oder, wie es auch heißt, an einer „europäischen Gemeinschaft souveräner Staaten“ (EP 7) orientiert. Die Kritik an – aus der Sicht der AfD – unerwünschten Entwicklungen in der EU nimmt also gleichzeitig die Rückbildung der EU in Richtung eines „Europa[s] der Nationen“ (Kapitelüberschrift, EP 10) ins Visier. Mit dieser Zweigleisigkeit will die AfD mögliche Entwicklungslinien der EU verhindern, um gleichzeitig, wenn die Rückbildungsstrategie, die sie als „Reform“-Strategie (EP 11) deklariert, keine Erfolge („in

angemessener Zeit“, EP 12) zeitigt, eine Legitimationsgrundlage zu haben, um die Auflösung der EU in ihrer jetzigen Form zu betreiben: Dann halte man „einen Austritt Deutschlands [DEXIT genannt; H.K.] oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig“ (EP 12). Der ‚schwarze Peter‘ läge dann bei den politischen Kräften in Europa, die die EU angeblich zu einem „Superstaat“ formen wollen.

Deutlicher, weniger verklausuliert als gegenüber der EU argumentiert die AfD hinsichtlich des Euro: „Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit derzeit 19 völlig unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form ökonomisch nicht funktionieren.“ (EP 30) Die AfD verlangt daher die „Wiedereinführung der nationalen Währungen“, gegebenenfalls unter „paralleler Beibehaltung des Euro“ (EP 30).

## Europa der Nationen

Wie sieht nun die Gegenidee einer „Gemeinschaft souveräner Staaten“ bzw. eines „Europa der Nationen“ näher aus? – Die AfD geht davon aus, dass „Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger“ ausschließlich „in nationalen Staaten mit demokratischer Verfassung“ (EP 11) gewährleistet seien. Demgegenüber habe sich die EU „zu einem undemokratischen Konstrukt entwickelt, das von den politischen Akteuren Europas besetzt ist und von intransparenten, nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird“ (EP 11). Alle Schritte, die zukünftige Gestaltung Europas betreffend, müssten daher durch Volksabstimmungen in den betreffenden Staaten legitimiert sein (EP 13), ohne dass es zu Souveränitätseinbußen kommen dürfe. Dies vorausgesetzt strebt die AfD ein Europa an, das als „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten“ (EP 11), basierend auf „multilateralen

Staatsverträgen“ und „partnerschaftlicher Kooperation“ (EP 12),<sup>1</sup> deklariert wird. Gewährleistet sein sollten „insbesondere ein möglichst unbehinderter Binnenmarkt“ (EP 7), allerdings unter Einschränkung der EU-Personenfreizügigkeit (EP 41), und nach außen hin „Freihandel und offene Märkte“ respektive der Verzicht auf „protektionistische Bestrebungen“ (EP 21). In der Forschungs- und Technologiepolitik werden paneuropäische Projekte empfohlen, so z.B. „bi- und multilaterale Forschungsprojekte zwischen einzelnen Staaten“ (EP 81) wie CERN oder „die Stärkung europäischer IT-Kompetenzen [...] mit dem Anspruch weltweiter Technologieführerschaft“ (EP 86).

Für eine solche „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ wäre die bisherige Gesamtarchitektur der EU auf ein Maß zurück zu schrumpfen, das an die frühere Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erinnert. Die gegenwärtigen EU-Institutionen und Vergemeinschaftungsformen würden entweder wegfallen, wie z.B. das „undemokratische EU-Parlament“ (EP 12) oder die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) (EP 17), oder umgebaut werden, wie z.B. der Europäische Gerichtshof, der „die Aufgaben eines supranationalen Schiedsgerichts wahrnehmen“ (EP 13) solle.

## Führungsrolle Deutschlands

Neben der Betonung des Souveränitäts- und Subsidiaritätsprinzips fällt auf, dass die AfD für „Deutschland eine Führungsrolle innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft“ beansprucht, die es „verantwortungsbewusst annehmen“ (EP 17) sollte. Durchgehend werden „deutsche Interessen“ in den Vordergrund gestellt. So

<sup>1</sup> Die AfD betont selbst, dass „die EU [...] nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kein Staat“ (EP 23) sei. Gleichwohl, so heißt es anderer Stelle, geriere sich die EU illegalerweise als „Bundes-Staat“ (EP 29).

wird eine „an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik“ (EP 17) eingefordert. Im deutsch-französischen Verhältnis seien deutsche Interessen „bei der Zusammenarbeit künftig [...] viel stärker zu berücksichtigen“ (EP 17). Die Ablehnung einer „europäischen Armee“ – einschließlich der bereits eingeleiteten Maßnahmen, die in diese Richtung weisen – verbindet die AfD mit der Forderung nach einer „Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, um hier Deutschlands Rolle und Einfluss zu erhöhen“ (EP 19). Bei Rüstungsk Kooperationen müsse Deutschland in technologischer Hinsicht die „Systemführerschaft“ (EP 20) anstreben.

In der Umweltpolitik, um ein anderes Beispiel herauszugreifen, müssten sich Maßnahmen „zuerst an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren“ (EP 43), beispielsweise dürften die Festlegung von Grenzwerten und die Umstellung auf Elektromobilität nicht auf Kosten der Wettbewerbsvorteile „der deutschen Automobilindustrie“ gehen, die „zu einem Großteil zum Wohlstand in Deutschland“ (EP 84) beitrage. Überhaupt müssten deutsche „Qualitätsstandards und Herkunftsangaben“ wie das „Made in Germany“ gestärkt werden.

Auch in kultureller Hinsicht fordert die AfD eine Offensive. Es gelte, die „deutsche Hochsprache und die historisch gewachsenen regionalen Dialekte als immaterielles Kulturerbe der Menschheit langfristig zu erhalten“ (EP 75). Der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse müsse europaweit beworben und die deutsche Sprache „in den europäischen Institutionen [...] gemäß ihrer rechtlichen Stellung und ihrer großen Verbreitung auch de facto den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden“ (EP 75). Und „für die deutschen Minderheiten in aller Welt“ verlangt die AfD ein stärkeres Engagement der deutschen Außenpolitik, so auch auf dem Feld der „Erhaltung und Förderung der deutschen Sprachkenntnisse“ (EP 76).

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Europaprogramm in der Kontinuität der bisherigen Bundesprogramme seit 2016 steht. Im Mittelpunkt steht weiterhin die Konturierung eines „nationalen Wett-

bewerbsstaates“, dessen Souveränitätsanspruch als Grundlage einer „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten“ in Europa von allen beteiligten Staaten in multilateralen Verträgen anerkannt wird. Europa wäre im Wesentlichen eine Freihandelszone mit reduzierten politischen Institutionen, die für die Regelung gemeinsamer Interessen zuständig wären. Dass die Definition dieser gemeinsamen Interessen Sache vor allem der „Führungs“-Macht Deutschland wäre – davon geht die AfD offensichtlich aus.

### Feindbild Islam

Eine zweite Anerkennungslinie wäre identitätspolitischer Natur: Sie bezöge sich auf die wechselseitige Anerkennung der nationalen Identitäten und deren vorgeblichen Verankerung in Geschichte, Kultur und Sprache. Auch in diesem im Prinzip völkisch strukturierten, ethnopluralistischen Gebilde (mit den drei Ebenen Europa, Nation, Region) würden gemeinsame Belange verhandelt werden, vor allem in Bezug auf die „drohende Islamisierung Europas“ (EP 52) oder die Rückführung von Geflüchteten. Diesbezüglich erachtet es die AfD dann doch für sinnvoll, entgegen ihrer Behauptung, eine europäische Identität sei eine „Illusion“, von einem Mindestmaß an gemeinsamen „Prägungen“ und „Grundprinzipien“ auszugehen.<sup>2</sup> So sei Europa „wesentlich geprägt von der griechisch-römischen Antike, dem Judentum und Christentum, der Aufklärung und den Menschenrechten“ und den „Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie“ (EP 51). Während diese Prägungen und Prinzipien als nicht ausreichend bzw. konstitutiv für die Idee eines geeinten Europa betrachtet werden, dienen sie gleichwohl als Legitimationsgrundlage für die Freund-Feind-Bestimmung Europa versus Islam bzw. Europa versus Migration. Unter deutlicher Anspielung auf PEGIDA heißt es: „Wir werden Europa gegen einen Islam verteidigen, der auf der Basis von Koran

und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie nicht vereinbar ist, einen Herrschaftsanspruch als allein gültige Religion erhebt und die Scharia durchsetzen will.“ (EP 51) Die Scharia sei ein „totalitär[es]“ Regelsystem und der „imperialistische Islam“ expandiere per Einwanderung und „höhere[r] Geburtenrate“ (ebd.) – Formulierungen, die den Ton gegenüber dem Feindbild Islam deutlich verschärfen.

Und um den „unkontrollierten Zustrom von illegal einreisenden [Nicht-EU-] Ausländern“ (EP 49) rückgängig zu machen, bedient sich die AfD des in Kreisen der ‚Identitären Bewegung‘ und des völkischen AfD-Flügels geläufigen Begriffs der „Remigration“, wenn sie im Programm schreibt: „In Deutschland und Europa müssen Remigrations-Programme größtmöglichen Umfangs aufgelegt werden“ (EP 40). Was das bedeutet, hat Björn Höcke mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck gebracht: „Ja, neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Grenzen wird ein großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man [...] nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen. Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“ (Björn Höcke: Nie zweimal in denselben Fluss, Lüdinghausen/Berlin 2018, 254)

<sup>2</sup> Entgegen der Illusions-These heißt es allerdings an anderer Stelle des Europa-Programms, dass die AfD „die Bemühungen der Visegrád-Staaten zur Erhaltung der europäischen Identität“ (EP 17) unterstütze.

# Mit Marx für die ‚Volksgemeinschaft‘?

## Über das wundersame Interesse neurechter Vordenker an Marx

Helmut Kellershohn

Das Interesse an Marx war im Gedenkjahr 2018 verständlicherweise sehr groß. Gleichwohl mag es den einen oder anderen verwundern, wenn sich ein Verlag aus dem Umfeld des Instituts für Staatspolitik auf die Spuren von Marx begibt, um zu ergründen, „welche Ansätze dieses großen Philosophen von rechts genutzt werden können“ (10).<sup>1</sup> Ist doch dieses Ansinnen erklärtermaßen mit viel Ärger verbunden, weniger in Hinblick auf intellektuelle Linke, die sich darob indigniert auf ihr Erstgeburtsrecht am alten Marx berufen könnten. Diesbezüglich sind der Verlagschef Philip Stein im Vorwort und Benedikt Kaiser in einem der Hauptartikel („Marx von rechts? Ausgangspunkte für einen Neubeginn“) ziemlich beruhigt, weil sie sowieso den meisten Intellektuellen, die sich als links verstehen, den Willen und den Ernst absprechen, mit dem Erbe von Marx etwas anfangen zu wollen. Nein, Ärger und „Unruhe“ (14) drohen im eigenen Haus, im Milieu der „heterogenen Neue[n] Rechte[n]“ (7) und in dem erweiterten Spektrum der sogenannten „Mosaik-Rechte[n]“ (7).<sup>2</sup> Denn seitdem die AfD als der bislang erfolgreichsten Formation der Rechten in den bundesrepublikanischen Parlamenten sitzt, ist sie genötigt, auch etwas zu dem sagen zu müssen, was gemeinhin als die ‚soziale Frage‘ bezeichnet wird, zumal viele ehemalige Wähler und Wählerinnen der Sozialdemokratie und der Partei Die Linke, für die die „soziale Frage“ kein Relikt des 19. Jahrhunderts ist, ihre Stimme der AfD

gegeben haben. Die Berufung auf Marx, für die Rechte laut Kaiser traditionell „das rote Tuch“ (34) schlechthin, könnte sich hier, so Stein (7), als „Spaltpilz“ in einem Feld erweisen, in dem „wirtschaftsliberale Parlamentarier“ (der AfD) auf der einen und „grundsätzliche, sozial orientierte Aktivisten“ (was auch immer das heißen mag) in und im Umfeld der AfD auf der anderen Seite bislang um einen „Minimalkonsens“ in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik ringen.

Auf dem Prüfstand steht also der behauptete Nutzen für die besagte „Mosaik-Rechte“, wenn sich Rechtsintellektuelle auf Marx berufen, die sich darüber im Klaren sind, dass sie mit anderen Gruppierungen der Neuen Rechten, diesen Spezialisten für ideologische Konzepte und strategische Optionen, um Einfluss und Wirkung konkurrieren. Ihr Augenmerk richten sie speziell auf die Hayekianer und Friedman-Anhänger „innerhalb der liberalkonservativen Sphäre“ (15) der Neuen Rechten (gemeint ist vor allem die Junge Freiheit). Das Buch Marx von rechts ist daher im wahrsten Sinne des Wortes als „Streitschrift“ (Siegfried Gerlich) zu verstehen; und um dem Nachdruck zu verleihen, hat sich der Verlag der Mithilfe eines international bekannten Protagonisten der Neuen Rechten bzw. der Nouvelle Droite in Frankreich, nämlich Alain de Benoist, versichert, sekundiert von dem italienischen Philosophen Diego Fusaro, einem Schüler des mittlerweile verstorbenen Ex-Marxisten Constanzo Preve. – Wir gehen im Folgenden auf das Vorwort von Philip Stein ein, weil es recht deutlich die Intention des Buches aus der Sicht des Verlegers umreißt.

### Mit Marx für eine „neurechte Theorie“?

Philip Stein diagnostiziert im Vorwort ein fundamentales Defizit der Gesamt-Rech-

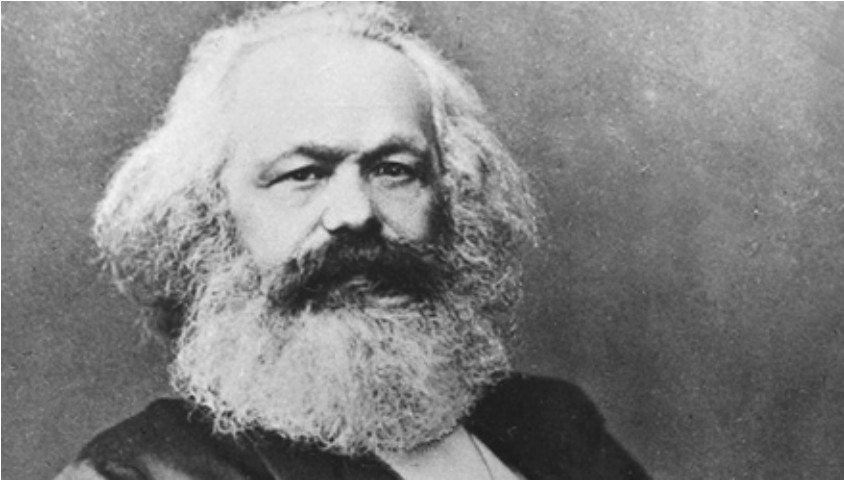
ten („Mosaik von rechts“), das angesichts der „Dynamik der Ereignisse“ (8) seit Beginn der „Migrationskrise“ (7) und deren politischen Folgen überdeckt worden sei, nämlich die notwendige, aber bislang uneingelöste „Genese einer neurechten Theorie als unabdingbares Fundament der politischen Praxis“ (8). Stein spricht zwei theoretische Problematiken an. Die erste ist ideologietheoretischer Natur und fragt nach dem Grund, warum sich im Bewusstsein der Menschen „Kapitalismus und Liberalismus“ (mit Thor von Waldstein hält er sie für „siamesische Zwillinge“) – „als einzig denkbare Lebens- und Gesellschaftsform – einem Naturgesetz gleich – als alternativlos etabliert“ (9) haben. Die zweite Problematik tangiert den eingangs angesprochenen „schwelende[n] Konflikt innerhalb der Neuen Rechten“ und stellt die auch strategisch relevante Frage, „ob wir für einen tiefgreifenden Neubeginn – das heißt auch die zunächst geistige Überwindung von Kapitalismus und Liberalismus als Ideologien der Vereinzelung – oder lediglich für eine Reform des Bestehenden streiten“ (9). Während Stein hinsichtlich des ersten Problemkreises auf die dann näher – in dem vorliegenden Sammelband – bei Benoist behandelte marxische Theorie des Warenfetischismus („Karl Marx und der Warenfetischismus“, 65-78) verweist, plädiert er im zweiten Fall für einen radikalen Neubeginn und gegen einen Kompromiss, insofern dieser zum „Totengräber jeder idealistischen Hoffnung auf eine Wiederauferstehung der Gemeinschaft“ (10; Hervorh. im Orig.) würde.

Diese seltsame Formulierung, zumal er anschließend den Topos der „organischen Gemeinschaft“ (10) bemüht, impliziert die romantische Vorstellung, dass die Überwindung des Kapitalismus als Rückkehr zu einer ehemals existenten Gemeinschaft zu begreifen sei, der zudem als einer organischen quasi naturhafte Züge zukämen.

1 Kaiser, Benedikt/Benoist, Alain de/Fusaro, Diego: Marx von rechts, Dresden: Jungeuropa Verlag 2018 (mit einem Vorwort von Philip Stein).

2 Der Begriff „Mosaik-Rechte“ – eine Analogiebildung zum Begriff der „Mosaik-Linken“ (Hans-Jürgen Urban) – steht für die Gesamtheit rechter Organisationen, Bewegungen und intellektueller Zirkel, während der Begriff „Neue Rechte“ Stein zufolge das Segment der „Vordenker“ bezeichnet.





Dass dies wenig mit Marx zu tun hat, hätte Stein bei Benoist nachlesen können. Dieser verweist auf den französischen Philosophen Denis Collin, der von drei utopischen Vorstellungen bezüglich des marxistischen Kommunismus abtrate: „der Utopie einer konfliktlosen Welt, der Utopie einer unbegrenzten Entwicklung der Produktivkräfte und der Vorstellung einer künftigen Gesellschaft, die als Rückkehr in den Garten Eden gestaltet werden soll“ (78).

Marx und Engels waren in der Tat keine utopischen Kommunisten, folglich konnten sie auch keine „idealistische Hoffnung“ hegen, nämlich in Hinblick auf das Ideal einer zukünftigen Gemeinschaft. Auch diesbezüglich hätte Stein, auf Seite 67 des Buches, den bekannten Satz von Marx und Engels aus der Deutschen Ideologie finden können, dass der Kommunismus kein „Zustand [sei], der hergestellt werden soll, [k]ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten“ habe, sondern „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“ (vgl. MEW 3/35; Hervorh. bei Marx/Engels). Und diese „wirkliche Bewegung“ hängt sowohl von materiellen Bedingungen ab, die in den Widersprüchen der entwickelten kapitalistischen bzw. bürgerlichen Gesellschaftsformation zu suchen sind, als auch vom Willen, den Fähigkeiten und dem Zutrauen derjenigen, die deren Revolutionierung und Transformation anstreben. Sie tun dies nicht aus purem Idealismus, sondern weil die (Not-)Lage, in der sie sich befinden, und die Erkenntnis der Verhältnisse, unter denen sie agieren, sie zum Mittel der Revolution greifen lässt. Dass dies etwas mit Klassentheorie und Klassenkampf und

mit der Rolle der Kommunisten zu tun hat, lässt sich im Kommunistischen Manifest nachlesen.

Auf die Lektüre dieses Manifests verzichtet Stein, während Benoist sich lieber – in einem weiteren Artikel zur „Wertkritik“ (79-94) – dem „esoterischen“ Marx der „Reifezeit“ (80) zuwendet und dabei in Anknüpfung an Robert Kurz so tut, als ob die Kritik der Politischen Ökonomie nichts zu Klassen und Klassenkampf zu sagen hätte.

### „Volksgemeinschaft“ als dritter Weg

Diese Wendung hat Methode und lässt sich bei Stein weiter verfolgen. Denn ihm geht es im Vorwort um etwas anderes: Er behauptet zwar, dass sich die Rechte „mit Hilfe von Marx“ eines „fundamentalen Neuanfangs“ (10) versichern könne. Und gibt sich lernwillig, weil man doch mit Marx lernen könne, „was den Kapitalismus im Innersten zusammenhält und welche Mechanismen diesem sich selbst steuernden Riesen zu seinem Siegeszug verholfen haben“ (11). Das Wissen freilich, das diesbezüglich bei Marx erworben werden könnte, ist bedeutungslos in Anbetracht des „Ziel[s]“, auf das die Mosaik-Rechte laut Stein „hinarbeiten“ sollte: „die Einheit“ (11; Hervorh. im Orig.).

Mit Einheit ist nicht nur die nationale Einheit gemeint. Stein und Kaiser verstehen sich als Vertreter einer „junge[n] Generation“, die sich als „paneuropäisch, kapitalismuskritisch, sozial“ (7) definiert, wobei der paneuropäische Gedanke nicht auf die Paneuropa-Bewegung eines Richard Coudenhove-Kalergie oder eines Otto

von Habsburg rekurriert, sondern auf die Ideen des französischen Faschisten Pierre Drieu la Rochelle<sup>3</sup>, von dem es in einer Anzeige des Jungeuropa-Verlages heißt, dass er „in zahlreichen Essays und Aufsätzen Bilder eines sozialistisch und föderalistisch grundierten ‚Eurofaschismus‘, der sich gegen (amerikanischen) Kapitalismus und (russischen) Kommunismus wandte“, entworfen habe.

Diese doppelte Frontstellung, die den diversen Anhängern eines Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus seit eh und je geläufig ist, findet sich auch bei Stein. Im Namen der „Einheit“, ob nun bezogen auf die nationale Einheit oder die „europäischen Gemeinschaften“ (11)<sup>4</sup>, wendet er sich als Sprecher der „jungen europäischen Rechten“ einerseits gegen die „Profiteure [ ] der Ausbeutung“ (12). Ihnen möchte er „Einheit [...] gebieten“ und den – in Anführungszeichen gesetzten – Arbeitern „neue, zeitgemäße Formen der Teilhabe [...] ermöglichen“ (12). Treuherzig versichert er, keineswegs einer „Versöhnung der Klassen“ zu den Konditionen der herrschenden Elite“ (11) das Wort reden zu wollen. Aber er möchte, und nun kommt das Andererseits, „den dichotomisch gefassten ‚Klassenkampf‘ innerhalb der europäischen Gemeinschaften“ abgewendet wissen, „an dessen Ende der Triumph einer soziologisch oder materiell gefassten bestimmten Schicht stünde“ (11), womit er wohl die zuvor angesprochenen Arbeiter bzw. das Proletariat des Kommunistischen Manifests meint. Denn wo es um die „Einheit“, das „Gemeinwohl“

3 Drieu la Rochelle war seit 1936 (bis 1938) Mitglied des faschistischen Parti populaire français (PPF) des Ex-Kommunisten Jacques Doriot. Während des Krieges kollaborierte er mit den Nationalsozialisten, wovon er sich später, gegen Ende des Krieges, distanzierte. Im März 1945 beging er Selbstmord. Der Jungeuropa-Verlag publizierte 2016 Drieus Roman Gilles unter dem Titel Die Unzulänglichen, mit einem Vorwort von Benedikt Kaiser.

4 Gegen den „nationalistischen oder souveränistischen Kurs“ in „weite[n] Teile[n] der politischen Rechten“ wendet sich Kaiser in seinem Vorwort zu Drieus Die Unzulänglichen und plädiert für „gesamteuropäische Konzepte jenseits stereotyper nationaler Floskeln und populistisch-kleinbürgerlicher Anti-Brüssel-Rhetorik“ und gegen das gaullistische „Europa der Vaterländer“.



Felix Schilk

### Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet

Edition DISS Band 39

Unrast-Verlag, Münster 2017

192 Seiten, 19,80 €

Phänomene wie Pegida und die AfD verdeutlichen die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft und signalisieren einen Rechtsruck in Deutschland. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse hat zwar durch die Flüchtlingspolitik einen großen Schub erhalten, er war aber schon vorher vorhanden. Er ist nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten.

Jürgen Elsässers Querfront-Magazin COMPACT ist ein wichtiger Teil der jüngsten rechtspopulistischen Mobilisierungen in Deutschland. Gemeinsam mit anderen alternativem Medien liefert es Deutungsangebote, Schlagwörter und Symbole. Im Umfeld von AfD und Pegida wird das ‚Magazin für Souveränität‘ intensiv rezipiert und stellt eine wichtige publizistische Infrastruktur dar, die zuletzt durch Zusammenarbeit mit Akteuren der Neuen Rechten erweitert wurde.

(12), die „organische Gemeinschaft“ geht, könne „nicht fortwährend in einem von der Zeit überholten binären Klassensystem gedacht und gekämpft werden“ (12). Stein bestätigt damit, dass der „jungen europäischen Rechten“ keineswegs die Transformation des Kapitalismus am Herzen liegt, sondern ein wie auch immer moderierter Kapitalismus, der vermeintlich allen Seiten gerecht wird, tatsächlich aber nichts anderes ist als der alte Hut – ‚Volksgemeinschaft‘. In diesem Sinne gibt Stein abschließend einem anderen romanischen Faschisten das Wort, nämlich dem spanischen Faschisten José Antonio Primo de Rivera: „Teilung bedingt Haß. Haß und Teilung aber sind unvereinbar mit Brüderlichkeit. Und so erlischt in den Gliedern ein und desselben Volkes das Gefühl, Teil eines höheren Ganzen, einer hohen, allumfassenden, geschichtlichen Einheit zu sein.“ (12)

#### Die Parallele: Hitler über ‚Volksgemeinschaft‘

Eine derartige völkische ‚Synthese‘ hätte Stein allerdings auch in Hitlers Mein Kampf finden können. Unter dem Stichwort „Nationalisierung der Massen“ offeriert Hitler im ersten Buch die „nationale Volksgemeinschaft“ als höhere Einheit, als Form der ‚Aufhebung‘ der Klassengegensätze, und wendet sich gegen diejenigen, die den Begriff ‚Volksgemeinschaft‘ gezielt missverstehen würden.

„So sicher [einerseits] ein Arbeiter wider den Geist einer wirklichen Volksgemeinschaft sündigt, wenn er ohne Rücksicht auf das gemeinsame Wohl und den Bestand einer nationalen Wirtschaft, gestützt auf seine Macht, erpresserisch Forderungen stellt, so sehr aber bricht auch ein Unternehmer [andererseits] diese Gemeinschaft, wenn er durch unmenschliche und ausbeuterische Art seiner Betriebsführung die nationale Arbeitskraft mißbraucht und aus ihrem Schweiße Millionen erwuchert.“ (Mein Kampf 1941, 374)

Hitler teilt nach beiden Seiten aus, indem er gleichermaßen der ‚Volksgemeinschaft‘ unzuträgliches Verhalten moniert, auf

der einen Seite „erpresserische Forderungen“ der Arbeiter, auf der anderen Seite ‚Mißbrauch‘ und ‚Wucher‘ der Unternehmer. Er unterstellt also, dass der alltägliche Gebrauch der Arbeitskraft durch die Unternehmer und das ‚Maßhalten‘ der Arbeiter z.B. bei ihren Lohnforderungen – Bedingung für das gedeihliche Funktionieren einer kapitalistischen Wirtschaft – im nationalen Interesse ist. Werden die als unmoralisch gebrandmarkten Extreme (‚Sünde‘, ‚Unmenschlichkeit‘) vermieden, ist die Volksgemeinschaft vermeintlich realisiert – allerdings bei gleichzeitiger Weiterexistenz der Klassen, ohne die es nun mal keine kapitalistische Wirtschaft gibt. Diese ‚Synthese‘, die offenbar ähnlich auch Stein vorschwebt, hat freilich weitere Implikationen, die Stein nicht anspricht, wohl aber Hitler. Die „Nationalisierung der Massen“ ist für Hitler gleichbedeutend mit der „Eingliederung der heute im internationalen Lager stehenden breiten Masse unseres Volkes in eine nationale Volksgemeinschaft“ (ebd., 372). Dies mache, so Hitler, die Ausschaltung der „internationalen volks- und vaterlandsfeindlichen Führung und Einstellung“ (ebd. 373) erforderlich, womit er auf die Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften zielt, die er sich (damals) allenfalls als „standesgemäße[ ] Interessenvertretung“ vorstellen konnte. Zweitens betont er mit antisemitischer Stoßrichtung die Notwendigkeit der „rassischen Erhaltung des [deutschen] Volkstums“ (ebd., 372), also die ‚rassische‘ Homogenität der Nation, in die die ‚breite Masse‘ integriert werden soll. Und drittens (vgl. ebd., 378f.) hebt er den antiparlamentarischen Charakter der NS-Bewegung und ihre nach dem Führerprinzip hierarchisch geordnete Organisation hervor, Ordnungsprinzipien, die auch für den zukünftigen Staatsumbau zu gelten hätten, womit die Definitionsmacht darüber, was die Volksgemeinschaft ausmacht, der Vollmacht und Autorität des Führers unterliegen würde.



## Der Mueller-Report: Zwischen Ernüchterung, Entsetzen und Realpolitik<sup>1</sup>

*Jobst Paul*

Ursprünglicher Gegenstand der Untersuchung des US-Sonderermittlers Robert Mueller war zwar die Einflussnahme der russischen Regierung auf die Wahl Trumps, aber auch jede andere Straftat, die Mueller im Verlauf der Untersuchung bekannt werden würde. Noch bevor der Report erschien, waren (mit Stand: März 2019) bereits sechs frühere Berater Trumps, 26 Personen russischer Nationalität, drei russische Firmen, ein Kalifornier

und ein Londoner Rechtsanwalt angeklagt oder schon verurteilt, während weitere Prozesse noch nicht abgeschlossen waren. Anklagen gegen enge Familienangehörige Trumps und gegen Trump selbst erschienen möglich oder sogar wahrscheinlich. Das wurde allgemein so verstanden, dass Mueller die Schlinge um Trump selbst immer mehr zuziehen wolle, um dem Kongress das Impeachment Trumps zu ermöglichen. Die Auslagerung einer Vielzahl von Verfahren wurde so verstanden, dass Mueller der Gefahr vorbeugte, dass sein Bericht rechtlich unter Verschluss gehalten würde. Das nun von Demokraten geführte Repräsentantenhaus verabschiedete daher am 14. März 2019 einstimmig

bei wenigen Enthaltungen die Forderung nach einer uneingeschränkten Veröffentlichung des Berichts, worauf der republikanische Senatsführer Graham die Forderung prompt der Abstimmung im Senat entzog.

Letztlich wurde vom Mueller-Report der Nachweis erwartet, dass Trump als US-Präsident, z.B. durch eigene ökonomische Interessen in Russland oder durch Informationen der russischen Regierung über ihn, der russischen Regierung gegenüber korrumpierbar, oder – mit den Worten eines früheren FBI-Beamten – ein „Russian asset“, ein russisches Pfand darstellte. Geschürt wurden diese Überlegungen durch die Praxis Trumps, Zeugen seiner

<sup>1</sup> Teil eines umfangreicheren Artikels, der Ende 2019 im Reader zum DISS-Colloquium 2018 erscheinen wird – alle Quellenangaben finden sich dort.

Zweiergespräche mit Putin auszuschließen, bzw. Unterlagen der US-Übersetzer zu beseitigen.

### Die Anhörung Michael Cohens

In einer öffentlichen Anhörung am 27. Februar 2019 breitete Michael Cohen, der frühere Rechtsanwalt Trumps (der zu diesem Zeitpunkt bereits verurteilt war) vor einem Kongressausschuss Details insbesondere zum betrügerischen Geschäftsgebaren Trumps, u.a. auch zu Trumps Geschäftsinteressen in Moskau/Russland aus, deren Klärung man erst vom Mueller-Report erwartet hätte.

Von Anfang an hatte Mueller seinen ersten Hebel bei Cohen angesetzt. So nahm die US-Bundespolizei FBI schon im Juli 2017 Einblick in Cohens Email-Verkehr und seine aus- und eingehenden Telefonkontakte seit Juni 2015. Entdeckt wurden dabei Honorare an Cohen von 2,5 Mill. Euro, vom Schweizer Pharmakonzern Novartis, vom Luftfahrtkonzern Korea Aerospace Industries und von der Schweizer Investmentfirma Columbus Nova, die mit dem Russen Viktor Vekselberg in Verbindung steht. Cohen verheimlichte diese Zahlungen, so dass das FBI im April 2018 einen Grund hatte, Cohens Wohnung und Büro in New York zu durchsuchen und so Cohen in die Rolle eines Kronzeugen gegen Trump hinein zu nötigen.

Cohen bezeichnete Trump bei seiner Anhörung als „racist“, „cheat“ und „conman“. Insbesondere zum Stichwort „conman“ erläuterte Cohen vor dem Ausschuss die Wirkung Trumps auf ihn als „mesmerizing“, „intoxicating“, „monopolizing my life“.

U.a. enthüllte Cohen die betrügerische Praxis Trumps, amtlichen und privatwirtschaftlichen Stellen einen weit überhöhten Wert seiner Immobilien anzugeben, um so die Höhe möglicher Darlehen in die Höhe zu treiben. Die New York Times bestätigte Cohens Angaben im März 2019: Danach behauptete Trump im Jahr 2011, in seinem Golf-Resort im Süden von Kalifornien 55 Luxuswohnungen im Wert zwischen 3 und 12 Millionen Dollar im Angebot zu haben, in Wirklichkeit waren es nur 31. Die Größe seines Weinbergs in Virginia

bezahlte Trump mit 80 000 Ar, obwohl es nur ca. 48 000 Ar waren. Sogar die Anzahl der Stockwerke des Trump-Tower in New York fälschte er: Aus den tatsächlich nur 58 Stockwerken machte er durch Tricks beim Nummerieren zehn mehr, nämlich 68.

Er entlastete Trump jedoch hinsichtlich dessen *politischer* Abhängigkeit von russischen Interessen: Trump habe nicht erwartet, Präsident zu werden und daher seine Moskauer Interessen weiterbetrieben. Auch Trumps Manöver, um den Militärdienst - in Vietnam - herumzukommen, kam zur Sprache, allerdings nun mit der zusätzlichen Wendung, dass sich Trump zum Zeitpunkt der Anhörung zu einem (erfolglosen) Gipfeltreffen mit dem nordkoreanischen Führer Kim Jong Un ebendort, nämlich in Hanoi (Vietnam) aufhielt.

In der abschließenden Pressekonferenz Trumps in Hanoi sorgte ein Detail für Aufsehen, das an sein Verhältnis zu Putin erinnerte: Trump verteidigte den Diktator Kim Jong Un und seine Glaubwürdigkeit gegen die Erkenntnisse der eigenen US-Geheimdienste. Wie im Fall Putin und der totalitär regierenden saudischen Regierung zeigte Trump erneut seine Neigung, in die ‚confidence‘-Falle anderer ‚con-men‘ zu gehen, die er so gern selbst anderen auslegte.

Insgesamt unterstrichen die Aussagen Cohens, dass die eigentliche Gefahr für Trump nicht vom Mueller-Report ausgehen würde, sondern von den strafrechtlichen Untersuchungen zum privaten Steuer-Gebaren Trumps, zu dem seines Konzerns und zur Trump-Stiftung, die vom Staatsanwalt im Südlichen Distrikt von New York (SDNY) geleitet wurden.

### Gewaltrhetorik

Immer wieder geäußerte Befürchtungen und Warnungen, Trump könnte versucht sein, sich aus der zunehmenden rechtlichen und politischen Umklammerung durch Aufrufe zu Gewalt und Bürgerkrieg zu lösen, erhielten am 12. März 2019 faktische Nahrung: In einem Interview deutete Trump erstmals in dieser Offenheit an, gegen kritische Aktivisten und die Trump-

kritische Linke ‚seine‘ Alliierten auftreten zu lassen: „You know, the left plays a tougher game, it’s very funny. I actually think that the people on the right are tougher, but they don’t play it tougher. Okay? I can tell you, I have the support of the police, the support of the military, the support of the Bikers for Trump – I have the tough people, but they don’t play it tough until they go to a certain point, and then it would be very bad, very bad. But the left plays it cuter and tougher.“

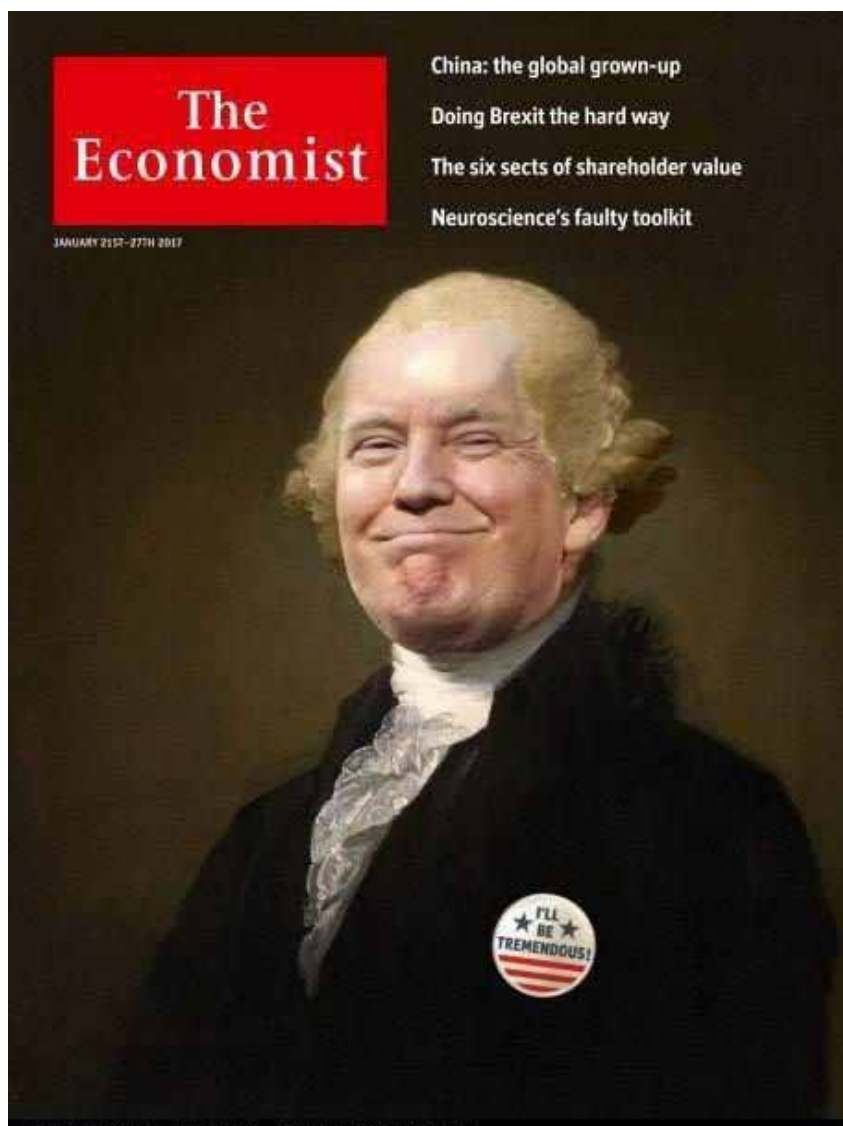
Am 15. März 2019 erhielt die Assoziation zwischen Trump und Gewalt weitere Aktualität: Der rechte extreme Attentäter, Brenton Tarrant, der an diesem Tag in Christchurch/Neuseeland 49 Menschen in einer Moschee tötete und viele weitere verletzte, bezog sich in einem von ihm zuvor online gestellten Schreiben auf Trump „as a symbol of renewed white identity“. Trump selbst, die Tat vor Augen, verneinte die Frage, dass „white nationalism“ eine weltweit wachsende Gefahr sei: „I don’t really. I think it’s a small group of people that have very, very serious problems.“ Im Übrigen wisse er zu wenig darüber.

Der rechtsextreme, der white supremacist-Bewegung nahestehende Abgeordnete Steve King (Rep.) nahm den Ball auf und sagte am 17. März 2019 triumphierend voraus, in einem neuen ‚civil war‘ hätten die Republikaner über 8 Milliarden Patronen zur Verfügung, während sich die Demokraten nicht zwischen ihren diversen Badezimmer entscheiden könnten.

### Barrs Informationsblockade: Die sogenannte ‚Zusammenfassung‘ des Reports

Als der Report am 22. März 2019 schließlich ans Justizministerium gegangen war, setzte sich das Warten noch fort. Die Ankündigung des Generalstaatsanwalts William Barr, nur eine ‚Zusammenfassung‘ zu veröffentlichen, führte zu massiven Drohungen der Demokraten. Das Trump-Lager feierte dagegen, dass Mueller auf Anklagen gegen Trump selbst und Mitglieder der Trump-Familie verzichtet hatte.

Die Veröffentlichung der kurzen Zusammenfassung am 24. März 2019 und die Preisgabe nur ganz weniger direkter Zi-



„Die Anhörung unterstrich das unglaubliche Ausmaß, in dem Spitzenbeamte wie Barr ebenso wie die Riege der republikanischen SenatorInnen, darunter insbesondere der einst so renommierte Lindsey Graham, eigentlich für immer ihre charakterliche Glaubwürdigkeit aufgeben hatten“

tate aus dem Report weckte den Eindruck eines Coups: Offenbar wollte Barr für die öffentliche Wahrnehmung eine bestimmte Lesart durchsetzen, d.h. die Öffentlichkeit weiterhin mit den Methoden des *gas lighting* traktieren.

Die erste Informationsblockade reichte bis zur Veröffentlichung des teilweise ge-

schwärzten Reports am 18. April 2019. Bis dahin erweckte Barr den Eindruck, dass Mueller nicht wirklich weitergekommen war: Er habe eine direkte Kooperation des Trump-Wahlkampfs mit russischen Mittelsmännern verneint - obwohl doch alle von Mueller angestregten gerichtlichen Verfahren gegen diesen Freispruch

sprachen. Auch vom Vorwurf der Behinderung der Justiz habe Mueller – so Barr – den Präsidenten freigesprochen.

Der Eindruck verfestigte sich, dass den juristischen Haudegen Mueller der Mut verlassen hatte und er vieles von dem, was er hätte aufdecken müssen, einfach der demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus überlassen wollte. Die zwei Jahre, in denen sich die Hoffnungen der Demokarten auf Mueller gerichtet hatten, schienen sich als verlorene Liebesmüh zu erweisen.

Und noch mehr: Diente der Mueller-Report vielleicht sogar dem Machterhalt des weißen Establishments der USA? Spielte Mueller der Trump-Administration nicht nur hinsichtlich der Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft ‚freie Hand‘ zu? Hatte Mueller Trumps Philosophie sanktioniert, mit seinen Methoden stets ‚durchzukommen‘?

Der CNN-Korrespondent Stephen Collinson kommentierte, Mueller habe Trump darin bestärkt, seinen Instinkten auch künftig freien Lauf zu lassen. Dies sei zugleich ein Omen für die Art und Weise des Präsidentschaftswahlkampfes 2020. In der Tat sah sich die demokratische Opposition in die Enge getrieben: Sollte man sich fortan in Untersuchungsausschüsse erschöpfen oder musste man sich mit allem abfinden, um sich voll der Zukunft zuzuwenden?

Einerseits ging es um die grundsätzliche Frage, für die Legislative die Macht zurück zu erobern, die sich in vielen Jahren auf die Exekutive verlagert hatte. Andererseits unterstrich die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die demokratische Opposition müsse sich auf die brennenden sozialen, fiskalischen und ökologischen Probleme des Landes konzentrieren.

#### **Barrs Versuch der Irreführung: Der Report zwischen Aktionismus und Opportunismus**

Am 18. April 2019 trat Generalstaatsanwalt Barr in einer als bizarr empfundenen Präsentation vor die Presse, um den Präsidenten erneut von allen Anklagen freizusprechen. Bevor der Report dann endlich



Sebastian Reinfeldt  
**„Wir für Euch“**  
 Die Wirksamkeit des  
 Rechtspopulismus in Zeiten der Krise  
 Edition DISS Bd. 33; Münster: Unrast  
 144 S., 16 Euro.

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen ›Begründungen‹ in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.

eine Stunde später (mit Schwärzungen) veröffentlicht wurde, hatte Barr ihn noch den Beratern des Präsidenten zur Absegnung vorgelegt.

Angesichts der Reinwaschung Trumps durch Barr mussten die im Report zusammengetragenen Details zur Kooperation des Trump-Wahlkampfteams mit russischen Infiltratoren (*collusion*) und zu Trumps Versuchen der Strafvereitelung im Amt (*obstruction of justice*) umso schockierender wirken. Der Report überführte Trump und seine Mitarbeiter in 77 Fällen der Lüge und dokumentierte indirekt, dass 14 weitere, bis dato unbekannte Gerichtsverfahren liefen. Mueller dokumentierte insbesondere Trumps Versuche, engste Mitarbeiter, wie u.a. den Rechtsberater Donald F. McGahn II, zum Rechtsbruch anzustiften, um die Untersuchung zu stoppen.

Vor allem stellte sich heraus, dass Mueller von einer Strafverfolgung Trumps nicht deshalb abgesehen hatte, weil die Befunde nicht dazu ausreichten. Offenbar sah Mueller allein deshalb davon ab, weil das ihm übergeordnete Justizministerium die Leitlinie ausgegeben hatte, dass ein amtierender Präsident nicht angeklagt werden kann.

Die Demokraten reagierten auf den Report mit einer Salve strafbewehrter Anordnungen ans Justizministerium und andere Institutionen, darunter an die Deutsche Bank, zur Herausgabe von Dokumenten. Doch obwohl der Vorsitzende des Rechtsausschusses (des Repräsentantenhauses), Jerry Nadler, mit Haft- und Geldstrafen bis zu 20 000 \$ pro Tag drohte, setzten die Rechtsanwälte Trumps mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2020 auf Obstruktion und juristische Verschleppung.

Am 3. April 2019 wurde bekannt, dass Mitglieder des Mueller-Teams über Barr verärgert waren. Drei Wochen später stellte sich heraus, sich Robert Mueller persönlich bei Barr beschwert hatte: Dieser habe weder den Kontext, noch die Natur und Substanz des Reports wiedergegeben, die Presse in die Irre geführt und Missverständnissen über Mueller Vorschub geleistet. Barr habe sogar eine von Mueller selbst verfertigte Zusammenfassung ignoriert.

In einer Senatsanhörung am 1. Mai 2019 trat die Arroganz Barrs noch deutlicher hervor: Barr bezeichnete Mueller nun als untergeordneten Beamten, dessen Arbeit beendet sei. Der Report sei daher sein, Barrs, 'baby' geworden.

Die Anhörung unterstrich das unglaubliche Ausmaß, in dem Spitzenbeamte wie Barr ebenso wie die Riege der republikanischen SenatorInnen, darunter insbesondere der einst so renommierte Lindsey Graham, eigentlich für immer ihre charakterliche Glaubwürdigkeit aufgegeben hatten: Der einst geachtete Jurist Barr übernahm vor dem Ausschuss Trumps propagandistische Lügen, so die These, es habe gegen den Trump-Wahlkampf 2016 ‚Spionage‘ gegeben.

Am gleichen Tag fasste der von Trump gefeuerte FBI-Chef James Comey das Phänomen in denkwürdiger Form zusammen: „Leute, die zwar angesehen sind, aber keine innere Stärke haben, können nicht widerstehen, die Kompromisse einzugehen, die man eingehen muss, um Trump zu überleben. Und das summiert sich zu etwas, von dem sie sich nie mehr erholen werden. ... Trump frisst deine Seele in kleinen Bissen auf. Es fängt damit an, dass du schweigst, während er lügt, ob nun in der Öffentlichkeit oder privat, und dieses Schweigen macht dich zum Komplizen. Wenn du mit ihm zusammen bist, überschüttet er dich unwidersprochen mit Floskeln wie ‚was alle denken‘ und ‚was offensichtlich stimmt‘ – wie mir das in meinem Treffen am 17. Januar 2017 passiert ist –, denn er ist der Präsident und er redet in einem fort. Und so zerrt er alle, die um ihn herum sind, in einen Kreislauf der schweigenden Zustimmung.“ (Übers. JP)

(Stand: 1. Mai 2019)

# Warten auf die nächsten Seifenblasen - Großbritannien vor der Europawahl

Von Robert Tonks

## *I'm Forever Blowing Bubbles*

I'm forever blowing bubbles,  
Pretty bubbles in the air,  
They fly so high, nearly reach the sky,  
Then like my dreams they fade and die.  
Fortune's always hiding,  
I've looked everywhere,  
I'm forever blowing bubbles,  
Pretty bubbles in the air.

Songwriter: James Brockman / James  
Kendis / John W. Kelleter / Nathaniel H.  
Vincent / Samuel H. Pottle Songtext von  
"I'm Forever Blowing Bubbles"

### **Selbstwahrnehmung und Fremd- wahrnehmung**

Die Kluft zwischen der nationalen Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung wird in der Diskussion um BREXIT mehr als deutlich.

In der britischen öffentlichen Debatte wurde von den Anfängen bis heute die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union von einer zentralen These begleitet: Das ist ein Projekt der Franzosen und Deutschen, das französische und deutsche Interessen verfolgt und privilegiert.

Dagegen verstanden die europäischen Nachbarn Deutschlands, vor allem Frankreich, dass die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg das ausgeprägte Bedürfnis nach Rechtfertigung hatten und die Einbindung in die europäische suchten.

Mit dem multilateralen Bündnis der heutigen Europäischen Union (EU) und ihrer Vorläuferorganisationen wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Gemeinschaft (EG)

wurde der Erzfeind Deutschland zu einem Freund Frankreichs, der zudem einen Mehrwert für die Gemeinschaft darstellte. Die Briten sahen sich nach dem Zweiten Weltkrieg dagegen in einer Sonderrolle, nämlich als die Einzigen, die sich erfolgreich für Demokratie und Freiheit engagiert hatten. In dieser einzigartigen Ausnahmesituation, diesem Zustand von exceptionalism, sehen sich die Briten heute noch, womöglich sogar verstärkt. Denn die EU wird als Bedrohung von Demokratie, Freiheit und Souveränität wahrgenommen.

Die Deutschen akzeptierten diese Selbstwahrnehmung der Briten vielleicht sogar mehr als andere in der Weltgemeinschaft und tun es heute noch, wenn auch diese Akzeptanz momentan einem ziemlichen Stresstest ausgesetzt ist.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Simon Tilford. The British and their exceptionalism. In: Insight vom 3. Mai 2019 [https://www.cer.eu/insights/british-and-their-exceptionalism].

### **Lügen und Spaltungen**

Zwar schreiben wir heute das Jahr 2019 und die Zeiten haben sich geändert. Und doch: Fast ein Dreivierteljahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkriegs, sieben Jahrzehnte nach Gründung der Deutsch-Englischen Gesellschaft und sechsundvierzig Jahre nach dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zeigen sich Tendenzen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen: 17 Millionen Briten votierten 2016 für den Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und 16 Millionen wollten bleiben.

Das knappe Ergebnis spiegelt die Lähmung der 'Mutter der parlamentarischen Demokratie': Das britische Zweiparteiensystem ist überfordert, kommt zu keinem konsensfähigen Ergebnis und macht die Verhandlungen mit der EU über die Zukunft der Beziehungen nahezu unmöglich.

BREXIT bedeutet BREXIT, wiederholte Premierministerin May nach ihrer Wahl bis zum Exzess. Aber was BREXIT bedeutet, wissen wir fast zwei Jahre nach der Austrittserklärungsabsicht der Regierung zum 29. März 2019 (Artikel 50) noch immer nicht.

Der Schaden ist bereits angerichtet, bevor der Schritt vollzogen wurde: Seit dem 23. Juni 2016 leben wir, die britische Gesellschaft, die Wirtschaft, die Politik in Unsicherheit. Wie die Deutschen und Briten diese Zitterpartei sehen, kann man jeden Tag in den deutsch- und englischsprachigen Medien erfahren.

Meine 1927 geborene walisische Mutter erinnert die momentane Lage der Nation an die Situation unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals war auch jede(r) auf jede(n) sauer. Man stritt sich jeden Tag im speziellen wie in allgemeinen über Kleinigkeiten, und Verteilungskämpfe waren alltäglich. Aber im Unterschied



Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.)

### Der NSU in bester Gesellschaft

Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat

Edition DISS Band 37

168 Seiten, 18 Euro

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistische und antirassistische ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beiträgen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gür-Şeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.

zu heute hatten sich alle lieb und waren glücklich, weil der Krieg vorbei war: Es gab eine Aufbruchstimmung.

Alle Welt ging davon aus, dass der große Staatsmann der *Tory Party*, der Premierminister und "Gewinner des Krieges", Winston Churchill, wiedergewählt würde. Stattdessen wurde bei den Unterhauswahlen vom 5. Juli 1945 der Arbeitsminister der Labour Party in Churchills Kriegskabinett, Clement Attlee, mit großer Mehrheit gewählt, mit dem Versprechen, Millionen Arbeitsplätze zum Aufbau des Nationalen Gesundheitsdienstes und von Schulen zu schaffen. Nach Attlee sollte jetzt all das Geld, das man in der Kriegswirtschaft verschwendet hatte, in den sozialen Aufbau investiert werden. Das ökonomische Modell dafür lieferte John Maynard Keynes. Der Keynesianismus verbreitete sich europaweit – auch in Deutschland in Form der sozialen Marktwirtschaft – und weit darüber hinaus.

Das mittlerweile berüchtigte, nämlich hohle Versprechen der demagogischen Anführer der *Leave Campagne* (EU-Austrittskampagne) ist vor diesem Hintergrund zu verstehen: Nichts liegt den Briten kollektiv-emotional näher als die Ikone des Nationalen Gesundheitsdienstes, des *The National Health Service (NHS)*. Auf Flugblättern im häuslichen Briefkasten, in den konventionellen und sozialen Medien und nicht zuletzt auf Plakaten auf den roten Hochglanz-Doppeldeckerbussen wurde den Menschen am Vorabend des Referendums öffentlichkeitswirksam versprochen, dass nach dem BREXIT jede Woche ein neues *NHS*-Krankenhaus gebaut werden würde. Mit dem Geld, die das Vereinigte Königreich jede Woche in der EU zur Finanzierung von Migranten verschwende, nämlich 350 Millionen Pfund, sollte jetzt stattdessen ins Gesundheitswesen investiert werden.

Auf Flugblättern fanden sich Bilder von Türken, die vor der englischen Süd-Ost-Küste Schlange standen: Die Türkei mit einer Bevölkerung von 80 Millionen sei kurz davor, der EU beizutreten!

Diese populistische und xenophobische Symbolik war verlogen, aber ebenso effektiv wie zynisch: Sie schuf eine assoziative Brücke vom ‚verschwenderischen‘ EU-

Haushalt zu den Ausgaben einer Kriegswirtschaft und zeigte so auf fremde Mächte als den Verantwortlichen, von denen man sich abwenden müsse.

\*\*\*

Für mich ist die EU bei aller Kritik immer noch ein Symbol für das Gegenteil von Krieg im Westen Europas; immerhin steht sie für die längste andauernde Phase des Friedens in der Geschichte der ansonsten über Jahrhunderte verfeindeten Großmächte Europas. Für viele – wahrscheinlich die meisten – Deutschen und Franzosen bedeutet die Europäische Einigung traditionell Friedenssicherung. Für viele – wahrscheinlich die meisten – Briten nicht. Flächendeckend ein Krankenhaus pro Woche wurde den Briten versprochen. Im Gegensatz zu den Nachkriegsjahren gibt es heute allerdings kein von der Regierung präferiertes ökonomisches Modell, mit dem ein solcher wirtschaftspolitischer Ansatz gegenfinanziert werden könnte. Es gab und gibt nach wie vor keinen Plan, der in der Lage wäre, den von Millionen Menschen gewählten BREXIT zu bezahlen. Auf welcher Form des BREXIT soll denn der Plan beruhen?

### Ist nach der Lüge vor der Lüge?

Außerdem sind 16 Millionen Menschen auf diese Lügen nicht rein gefallen. Weder gibt es einen Plan (oder Geld) für BREXIT, noch existiert eine von allen geteilte Aufbruchstimmung wie einst.

Werden enttäuschte BREXIT-Gegner bei den Europawahlen jetzt noch zur Wahl gehen oder meinen sie, der Zug sei für sie abgefahren? Was meinen die rund drei Millionen "ausländischen" EU-Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien und die rd. eine Million "ausländischen" Britinnen und Briten in der EU? Und wie werden sie wählen (wenn sie wählen)? In Deutschland allein leben 100.000 Menschen britischer Herkunft. Diejenigen, die über 15 Jahre im Ausland leben, sind nach wie vor nicht wahlberechtigt. Aber werden die Wahlberechtigten unter ihnen dieses Mal doch wählen?

Und wie werden die BREXIT-Befürworter wählen (wenn sie wählen)? Für den charismatischen Chef der BREXIT-



Bewegung Nigel Farage war die *United Kingdom Independence Party* (UKIP), die er mit gründete und führte, zu rechtslastig geworden. Er engagiert sich nun für die neue BEXIT-Partei. Farage will nach eigenem Bekennen das parlamentarische System „revolutionieren“. Ob solches Wunschdenken das Wahlverhalten zuungunsten von Tory und Labour polarisiert, wird sich zeigen.

BREXIT erscheint mir persönlich wie ein Seifenblasengewitter. Seit drei Jahren werden täglich neue schillernde Szenarien entworfen, die durch die Welt wabern, bis sie von einem Windstoß zerstört werden oder an der nächsten Wand zerplatzen. Auf die neuen bin ich gespannt. Die Enttarnung der Versprechen von damals als

Lügen hat ein Positives: Die Wiederholung der Seifenblasen von 2016 wird kaum möglich sein.

Die Wahlbeteiligung der Briten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist traditionell niedrig. Ob die Enttäuschten auf beiden Seiten die Zahlen in die Höhe treiben, ist eine der entscheidenden Fragen dieser Europawahl überhaupt: Es wäre doch wirkliche eine Ironie des Schicksals, wenn der BREXIT in Großbritannien zur höchsten Wahlbeteiligung aller Zeiten bei einer Wahl zum Europäischen Parlament führen würde.

Vielleicht einigen sich Regierung, Opposition und die EU aber doch noch auf einen Deal - vor der Wahl. Dann werden wir die Antworten auf diese Fragen nie erfahren.

## Nach den Europawahlen: Steht die Tory Party vor der Implosion?

Nach zahlreichen Niederlagen im britischen Unterhaus haben die EU-Wahlen Theresa May und ihrer Regierung der Conservative Party, den Tories, das Genick gebrochen. Sie schaffte nicht einmal ein zweistelliges Ergebnis, da viele statt Tory lieber die Brexit Party von Nigel Farage wählten. May kündigte ihren Rücktritt an. Wie zerstritten die Tory Party ist, wird daran deutlich, dass es zur Wahl zum neuen Vorsitz der Partei zeitweise dreizehn Kandidaten gab.

Einige Kandidaten drohen, das Parlament außer Kraft zu setzen, um einen No Deal durchzusetzen, wie dies Trump empfiehlt: Vor seinem Besuch bei der Queen anlässlich der Gedenkfeier zum D-Day vor 75 Jahren sprach sich Donald Trump für Boris Johnson als Premierminister aus. Unter den Tory-Mitgliedern ist Johnson der klare Favorit. Doch der neue Chef bzw. die neue Chefin wird die Dilemmata von May erben:

- Der von May und der EU erarbeitete Deal will das britische Parlament nicht.
- Gibt es keinen Brexit zu Halloween, ist die Tory Partei erledigt und der Brexit Party ausgeliefert.
- Das britische Parlament ist gegen einen No Deal Brexit.
- Das Parlament außer Kraft zu setzen, geht nicht, so John Bercow, Präsident des Unterhauses.

Dem EU-Ergebnis sowie jüngsten Umfragen nach würde die Brexit Party bei einer Neuwahl zum Unterhaus die meisten Stimmen erhalten – erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die erst vor einigen Wochen gegründete Partei außer dem Brexit keine weiteren Politikansätze bekannt gegeben hat. Die Politikinhalte würde Partei-Chef Farage im Falle seiner Wahl nachliefern!



Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hg.)

### Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

2019 Schwalbach: Wochenschau-Verlag  
368 S., 24,80 €, zweite komplett überarbeitete und ergänzte Auflage

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung, Political Correctness oder Schuldkultur sprechen?

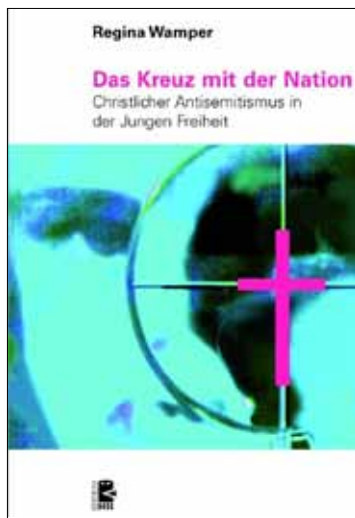
Die Autorinnen und Autoren dieses Handwörterbuchs geben hierzu Antworten und zeigen auf, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine extrem rechter Weltanschauungen über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Die Autorinnen und Autoren richten den Blick auch auf die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit extrem rechter Diskurse. Die einzelnen Beiträge zeigen, wie die menschenverachtenden Äußerungen und die damit einhergehenden politischen Forderungen dekonstruiert und kritisiert werden können.

Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator\*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft. Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit. Der Band ist Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)  
**Die Verneinung des Judentums**  
 Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper  
**Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit**  
 Edition DISS Band 18  
 208 S., 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

# Menschenrechte und Humanität sind nicht verhandelbar:

## „Ist der Geburtstag des Grundgesetzes Anlass zum Feiern?“

Heiko Kauffmann

Ende vergangenen Jahres beging die Weltgemeinschaft den 70. Geburtstag der Erklärung der Menschenrechte. In diesem Monat, am 23. Mai, begehen wir den 70. Geburtstag des Grundgesetzes. Ein Anlass zum Feiern? Oder eher ein Grund zur Mahnung und Erinnerung?!

Menschenrechte und Flüchtlingsschutz sind derzeit weltweit bedroht; Menschen- und Grundrechte als unveräußerliche Grundlage demokratischer Gesellschaften werden derzeit auch in vielen Staaten Europas in Frage gestellt. Rechtspopulistische Regierungen und autoritäre Akteure versuchen, aus Ressentiments Profit zu schlagen; sie befeuern Ängste, mobilisieren Stimmungen, bauen Feindbilder und „Sündenböcke“ auf und betreiben den Abbau von Rechtsstaatlichkeit - in Ungarn, Polen, Österreich, Italien und anderen Ländern.

Dabei hat uns das vergangene 20. Jahrhundert der Flüchtlinge, der Kriege und der Barbarei wie kein anderes zuvor offenbart, wie brüchig der Boden, wie dünn der Firnis der Zivilisation noch immer ist. Auch heute toben in der Welt über 30 Kriege und Konflikte, die Menschenrechte werden in weit über 100 Staaten verletzt - und noch immer ist kein Ende der Flucht, der Flucht von Millionen von Menschen, absehbar.

Auf 69 Millionen weltweit ist 2018 die Gesamtzahl der Menschen gestiegen, die vor Verfolgung, Gewalt, Terror, Armut und Verlust ihrer Lebensgrundlagen fliehen mussten.

Seit Jahren sterben Tausende von Flüchtlingen vor den Toren Europas, ertrinken im Mittelmeer! Und die europäische Po-

litik schaut zu, kommt ihren völkerrechtlichen und humanitären Schutzpflichten nicht nach; sie kriminalisiert und behindert die zivilen Seenotretter, beschlagnahmt ihre Schiffe und kooperiert mit einer zwielichtigen gewalttätigen libyschen Küstenwache, welche die Flüchtlinge in die Folterlager Libyens zurückbringt! Die größte Schande Europas zu Beginn dieses Jahrhunderts - und gleichzeitig das größte Handlungs- und Glaubwürdigkeitsdefizit der Politik der europäischen Regierungen. Die gestiegenen Zahlen der Flüchtlinge sind nicht nur ein Abbild der Konflikt- und Krisensituationen in vielen Teilen der Welt, sondern auch ihrer Ursachen. Dazu gehören unter anderem eine aggressive Wirtschafts-, Agrar- und Handelspolitik der EU, Waffenlieferungen, militärische Kooperation sowie die Unterstützung von Regierungen mit schwersten Menschenrechtsverletzungen (Beispiel Libyen) durch die Europäische Union und auch durch die Politik der Bundesregierung. Es droht ein neues Jahrhundert der Flüchtlinge, das die Massenvertreibungen und den Terror des 20. Jahrhunderts noch in den Schatten stellen könnte: Wenn keine Korrekturen erfolgen und rechtliche, soziale und humanitäre Errungenschaften, die eine Antwort auf die schrecklichen Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts waren, weiterhin auf den Altären der Macht und des Marktes geopfert werden.

Um die Menschenrechte universell durchzusetzen, müssen heute alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, die international bereits fixierten Völkerrechtsabkommen, Menschenrechtskonventionen und internationalen Flüchtlingsschutz-Standards

endlich zur vollen Entfaltung zu bringen. Die wichtigste Lehre aus dem Scheitern der Staaten vor 1945 war der absolute Grundsatz der uneingeschränkten Bejahung und Bewahrung der Würde des Menschen - und zwar jedes Menschen (Menschenwürde-Gebot und Diskriminierungs-Verbot).

Wer ein künftiges Europa ernsthaft und glaubwürdig als „einen Raum der Freiheit, Würde und Sicherheit in der Tradition europäischer Werte“ gestalten will - wie es Bundesregierung, Grüne, Linke und Liberale einträchtig proklamieren - der muss diese Freiheit, diese Würde und diese Sicherheit allen hier lebenden Menschen zubilligen:

Mensch gleich Mensch. Würde gleich Würde, Freiheit gleich Freiheit, Sicherheit gleich Sicherheit, Menschenrecht gleich Menschenrecht; denn daraus legitimiert sich unsere politische Ordnung: aus der Würde des Menschen und aus den Menschenrechten. Das muss gelebt werden, und danach muss gehandelt werden; sonst wird die politische Ordnung brüchig, ist ihre Legitimität in Frage gestellt.

Was ist der Wert der Menschenrechte, wenn die Diskrepanz zwischen den verbürgten und verheißenen Rechten und der

Realität ihrer Inanspruchnahme immer größer wird? Per Gesetz geregelte Herabsetzung oder Minderbewertung anderer oder einer Gruppe von Menschen schafft - immer - eine politische Atmosphäre, in der Populismus, Rechtsradikalismus und Rassismus gedeihen.

Deshalb wäre zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes eine selbstkritische Analyse der Politik über eigene Verfehlungen durch Verbiegung und „politische Verzweckung“ von Grundrechten eher angebracht als eine heuchlerische Feiertagsrhetorik.

Demokratie kann auch verspielt werden; die vielen Betriebsunfälle der Geschichte - gerade der deutschen - lehren, dass wir lernen müssen, rechtzeitig zu widerstehen. Auch die Demokratie ist keine Garantie zur Verhinderung der Barbarei, wenn wir sie nicht täglich verteidigen, sie leben, stets wachsam sind und den Anfängen wehren. Die Zivilgesellschaft ist heute stärker denn je gefordert, sich gegen Rassismus und Menschenverachtung zur Wehr zu setzen und sich jederzeit für eine offene freie und solidarische Gesellschaft einzusetzen. Menschen und Rechte sind unteilbar, Menschenrechte und Humanität sind unteilbar und nicht verhandelbar.

---

„Demokratie kann auch verspielt werden; die vielen Betriebsunfälle der Geschichte - gerade der deutschen - lehren, dass wir lernen müssen, rechtzeitig zu widerstehen. Auch die Demokratie ist keine Garantie zur Verhinderung der Barbarei, wenn wir sie nicht täglich verteidigen, sie leben, stets wachsam sind und den Anfängen wehren.“

Die Zivilgesellschaft ist heute stärker denn je gefordert, sich gegen Rassismus und Menschenverachtung zur Wehr zu setzen und sich jederzeit für eine offene freie und solidarische Gesellschaft einzusetzen.“

---



Margarete Jäger / Regina Wamper (Hg.)  
**Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung.**  
Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016  
Duisburg 2017, 209 Seiten, PDF-Datei

Die Analyse des Mediendiskurses zeigt, dass und wie sich innerhalb weniger Monate das Sagbarkeitsfeld in der Flüchtlingsdebatte ein Richtung einer Problematisierung von Flucht verschob. Welche diskursiven Mechanismen dazu beitrugen, und vor allem welches Wissen über Flucht und Geflüchtete, über Asyl und Rassismus transportiert wurde, ist zentraler Gegenstand der Untersuchung.

Die Ergebnisse sind ernüchternd. Diskursiv wurde ein Notstand ausgerufen oder prognostiziert, durch den die Fluchtbewegungen denormalisiert wurden. Die Geflüchteten wurden in ‚legitime‘ und ‚illegitime‘ sortiert und die Ereignisse in die Nähe einer Naturkatastrophe gestellt. All dies eignet sich dazu, Abwehr gegen Flüchtende zu erzeugen und weiteren Einschränkungen des Grundrechts auf Asyl hinzunehmen. Es evoziert somit Rassismus und trägt zu einem angespannten gesellschaftlichen Klima bei. Aussagen, die früher als extrem rechts oder rassistisch bewertet wurden, sind heute mediopolitischen Diskurs sagbar.

Die Studie ist abrufbar unter: <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf>

# Geschlechterverhältnis und Kapitalismus

## Alex Demirović‘ Plädoyer für ein klassenpolitisches Verständnis des multiplen Herrschaftszusammenhangs

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

Alex Demirović, apl. Prof. an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/M. und Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, vertritt in seinem Plädoyer die These, dass „die kapitalistische Produktionsweise und die von ihr formierte Gesellschaft sich als konstitutive Einheit verschiedenartiger Widersprüche bildet, sie also nicht auf *eine* Herrschaftslogik reduziert werden kann.“ (258) Dabei müsse dem Begriff der Klasse eine besondere Rolle im Emanzipationsprozess zukommen, da Ausbeutung und Klassenherrschaft „angemessen“ beachtet werden müssten. Seiner Ansicht nach werde der Ansatz der Intersektionalität [die Gender- bzw. Intersektionalitätstheorie basiert auf den Kategorien *race*, *class* und *gender*, W.K.] der „Komplexität der Widersprüche“ nicht gerecht – gerade vor dem Hintergrund des selbst gesteckten Ziels „einer herrschaftskritisch-gesellschaftstheoretischen Zusammenführung der unterschiedlichen Formen von Herrschaft und ihrer Überwindung.“ (259)

### Kritik der Intersektionalitäts- bzw. Gendertheorie

Der Ansatz der Intersektionalität sei von Feministinnen in die Diskussion gebracht worden, um ‚Klasse‘, ‚Rasse‘ und ‚Geschlecht‘ systematisch in ihrem Zusammenhang und Wechselwirkung zu denken. Dabei werde mit diesem Ansatz kritisiert, dass der Marxismus die Begriffe ‚Geschlecht‘ und ‚Rasse‘ vernachlässigt habe und entsprechende Emanzipationsbemühungen nicht ernst genommen und nur auf die Klassenfrage bezogen habe. (263) Der Ansatz der Intersektionalität kritisiere, dass der Kapitalismus vorwiegend als ein ökonomisches Funktionssystem



tem bestimmt werde, das dann von außen in andere Funktionssysteme eindringe und diese kolonisiere. Demirović kritisiert diese Sichtweise der Intersektionalitätstheorie, da sie die Ökonomie selbst nicht als ein Ensemble widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse fasse, in denen Natur angeeignet und Reichtum für Wenige produziert werde. Es würde nicht gesehen, dass Klassen und Individuen formiert werden mit Hilfe von Gewalt, Disziplin und Konsens, um die Ausbeutung vieler Menschen zu organisieren und bevölkerungspolitisch und rassistisch zu verwalten. Weiter kritisiert der Autor an diesem Ansatz, dass aus dem Blick gerate, die „kapitalistische Produktionsweise als ein gegliedertes Ganzes“ zu sehen, zu dem auch „Staat, Recht, Kunst, Wissenschaft, Familie“ gehörten, ebenso wie „spezifisch ideologische Muster wie Rassismus oder Sexualität mit ihren autonomen Handlungslogiken [...]“. (266) Aus dieser „materialistischen Konzeption des gegliederten Ganzen“ müsse sich der Ansatz der Intersektionalität die Frage gefallen lassen,

*Demirović, Alex 2018: Das Geschlechterverhältnis und der Kapitalismus. Plädoyer für ein klassenpolitisches Verständnis des multiplen Herrschaftszusammenhangs, in: Pühl, Katharina/ Sauer, Birgit (Hrsg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse, Münster, S. 258-285, Verlag Westfälisches Dampfboot, 30 Euro.*

weshalb sie sich auf die drei Begriffe ‚Klasse‘, ‚Rasse‘ und ‚Geschlecht‘ beschränke. (Ebd.) Die Ausbeutung in den Betrieben, die Herrschaftspraktiken in den staatlichen Institutionen, die Reproduktion von ideologischen Formen in Recht, Kunst, Familie, Sport, Philosophie, Wissenschaft gerieten so aus dem Blick, da in diesen Ebenen Sexismus und Rassismus immer wieder neu reproduziert würden „sowie jene Identitäten zuallererst konstituieren“. (267)

Der intersektionelle Ansatz, dessen gemeinsamer Bezugspunkt die Kategorie der Ungleichheit sei, um die Diskriminierungspraktiken auf ein Kriterium zurückzuführen, würde nicht von den Widerspruchszusammenhängen und Kausalitäten von Ausbeutung, Reichtum und Armut, sexistischer Gewalt und rassifizierende Abwertungen sprechen, sondern spreche von Ungleichheiten im Sinne von Benachteiligungen. Demirović stellt die Frage: „Aber wie verhält es sich mit der Intersektionalität auf dem Gegenpol, also Kombinationen wie reich, weiß, weiblich,

gleichgeschlechtlich?“ Wie es überhaupt zu einer polarisierenden Ungleichheit kommen könne, diese Frage werde nicht gestellt; „[...] also zu einer derartigen Reichtumsbildung, zu Entscheidungsmacht, zu rassistischer Suprematie, zu bürgerlicher Kälte, Elitarroganz und Kommandogewalt [...]“ (269f.)

Der Bezug des Intersektionalitätsansatzes auf die Norm der Gleichheit berge die Gefahr, ‚Klasse‘ auf einen „Nebenwiderspruch zu reduzieren und den Kapitalismus vor Kritik zu schützen.“ (271) Dies würde nämlich bedeuten, dass auch Frauen und rassistisch Diskriminierte an der Ausbeutung durch Lohnarbeit teilhaben. Es werde nicht gesehen, dass ökonomische Ungleichheit nicht auf eine Diskriminierung zurückgehe oder die Norm der Gleichheit verletze, sondern das Ergebnis von Gleichheit sei. „Die Rechtsgleichheit der Warenverkäufer auf dem Markt entspricht die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft in der Produktion und die Reichtumsakkumulation der Kapitaleigentümer.“ (Ebd.)

### Einheit heterogener Widersprüche

Demirović ist der Auffassung, dass die kapitalistische Produktionsweise „sich in der Einheit heterogener Herrschaftspraktiken konstituiert“, die inhaltlich zusammen gesehen werden müssten. (274) Trotz dieses inhaltlichen Zusammenhangs handle es sich um „heterogene Widerspruchsverhältnisse“ – so die kapitalistische Warenproduktion, die Naturbeherrschung, die bürgerlich patriarchale Herrschaft, die ‚männliche‘ Subjektivität. Demirović will dies an den Begriffen ‚Rasse‘, ‚Geschlecht‘ und ‚Klasse‘ verdeutlichen.

Klassen existierten immer nur in Relation zu anderen Klassen; sie bildeten die Gesamtheit der Verhältnisse – ökonomisch, politisch-staatlich, kulturell-ideologisch. Der Klasse der Kapitaleigentümer stünde die Klasse der Lohnabhängigen gegenüber, die durch Ausbeutung den Reichtum der Kapitalbesitzer erzeugten. Diese Lohnabhängigen würden im und durch das Kapitalverhältnis in der Unterwerfung ihres Arbeitsvermögens unter die Lohnform in den Kämpfen gegen die Aus-

beutung als Arbeiter\*innenklasse konstituiert. (275) Dies sei ein antagonistischer Widerspruch. Bezüglich der vorhandenen Produktionsverhältnisse benötigten beide Klassen sich. Die Bourgeoisie müsse den Akkumulationsprozess, um den Reichtumsprozess zu erhalten bzw. zu steigern, gesellschaftlich verändern, um dann der erweiterten Akkumulation eine Grundlage zu geben. Permanente Umwälzungen seien die Folge, woraus Krisen entstünden. Die Lohnabhängigen reproduzierten aufgrund der eigenen Zwangslage den gesellschaftlichen Reichtum und die Macht der Kapitalbesitzer. Es gebe aber in diesem Verhältnis eine Asymmetrie, denn die Bourgeoisie könne nicht ohne die Ausbeutung der Lohnabhängigen existieren, während diese jedoch vollständig ohne die Bourgeoisie auskommen könnten, wenn sie die gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsfunktionen, die sie ja ohnehin ausübten, selbstbestimmt wahrnehmen würden. Notwendig sei dafür die Aufgabe der Existenzform und Identität Klasse ebenso wie die weltgeschichtliche Herstellung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Eine Versöhnung zwischen antagonistischen Klassen könne es nicht geben. Der Begriff der Klasse sei ebenso wenig eine positive und natürliche Identität wie der Begriff der ‚Rasse‘. (276)

„Der Rassismus ist eine bürgerliche Praxis und mit der kapitalistischen Sklavenökonomie und dem Prozess der Kolonisierung entstanden.“ (276) Das Kriterium ‚Rasse‘ sei willkürlich, da es auf Arbeiter\*innen, Arme, Iren, Russen und Polen, Juden, Muslime, Schwarze oder Indios in abwertender und minderwertiger Weise verwendet werde. Biologistische und kulturalistische Annahmen in wechselseitiger Verstärkung würden mit ‚Rasse‘ oder ‚Ethnie‘ in Gang gesetzt: „Sprache, nationalstaatliche Herkunft, Religion, ‚kulturkreispezifische Gewohnheiten‘, Mentalitäten, geringe Bildung oder Distanz zur parlamentarischen Demokratie [...]“. Diese rassistische Abwertung umfasse alle Lebensbereiche, so z.B. „von der Unterwerfung unter die Ausbeutung über die Kontrolle der Sexualität und Familie bis zu den Bürgerrechten oder der kulturellen Teilhabe.“ (Ebd.) Der Rassismus sei

## Kulturkampf von rechts

AfD, Pegida und die Neue Rechte



Helmut Kellershohn | Wolfgang Kastrop (Hg.)



Wolfgang Kastrop,

Helmut Kellershohn (Hg.)

**Kulturkampf von rechts**

AfD, Pegida und die Neue Rechte

Edition DISS Band: 38

Münster: Unrast

244 S., 24,00 €

An Phänomenen wie Pegida und der AfD zeigt sich deutlich der Rechtsruck, der zurzeit durch Deutschland geht. Die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft hat durch die aktuelle Flüchtlingspolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse ist aber nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, diesen Menschen mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) widmet sich dem Thema ›Kulturkampf von rechts‹ in gewohnt kenntnis- und aufschlussreicher Art und Weise.

Mit Beiträgen von Floris Biskamp, Julian Bruns, Marvin Chlada, Sebastian Friedrich, Richard Gebhardt, Kathrin Glösel, Mark Haarfeldt, Alexander Häusler, Wolfgang Kastrop, Helmut Kellershohn, Andreas Kemper, Julia Meier, Jobst Paul, Rolf van Raden und Natascha Strobl.



Helmut Kellershohn  
(Hg.)  
**Die ›Deutsche Stimme der Jungen Freiheit‹**  
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten  
Edition DISS Bd. 23  
330 Seiten, 28 Euro

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper /  
Helmut Kellershohn /  
Martin Dietzsch (Hg.)  
**Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen.**  
Edition DISS Bd. 28,  
288 S., 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

eine Form von Herrschaft und ermögliche es, eine „imaginäre Einheit“ herzustellen, für die, die an der Praxis der Ausgrenzung teilhaben (Weiße gegen Schwarze, Arier gegen Juden). (277) „Rassismus erlaubt den gewalthaften und ausbeuterischen Zugriff auf Menschen, Territorien, Ressourcen und Vermögen [...]“. „Rassen“ gebe es nicht, Rassismus sei irrational und zerstörerisch. (Ebd.)

Mit Argumenten der Differenz wie körperliche Schwäche, Irrationalität und besondere Gefühlsfähigkeit seien systematische Benachteiligungen von Frauen reproduziert worden. (277) Herrschaft trage dazu bei, „ein herrschendes, männliches Kollektiv und einen irrationalen Konsens zu schaffen, der mittels sexistischer und androzentrischer Lebensformen Privilegien gewährt und vereinheitlicht.“ (278) Dies heiße allerdings nicht, dass alle Männer an diesen Vorrechten partizipieren würden, wie auch Frauen sich auf der Seite der herrschenden Männer befinden könnten. Ziel der Emanzipationsperspektive müsste es sein – wie bei ‚Klassen‘ oder ‚Rassen‘ – das Geschlecht als Klassifikations- und Herrschaftsprinzip überflüssig zu machen.

### Kapitalistisch bestimmte Widersprüche

Weshalb sei nun der aus diesen Widersprüchen konstituierte Zusammenhang kapitalistisch bestimmt? Obwohl doch die patriarchal-sexistischen Herrschaftspraktiken älter als ihre kapitalistischen Formen seien. Zu erklären sei, weshalb durch das Bürgertum bestimmte Ausbeutungs- und Herrschaftspraktiken erhalten und immer wieder erneuert würden. Deshalb gehe es um „den Gesamtprozess des kapitalistisch-bürgerlichen Ganzen“. (279) Die Herausbildung der Lohnarbeit sei im weltgeschichtlichen Sinn neu gewesen. Es habe sich eine neue Form von Herrschaft konstituiert, die bürgerliche Gesellschaft, die auch frühere Formen von Herrschaft übernommen hätte. (280) Die bürgerliche Klasse habe sich nie nur um das Eigentum, die Produktion, den Handel und die Börse gekümmert, sondern immer auch um Fragen der Geburt und Erziehung, der Muster der Geschlechtsidentität, um Ehe,

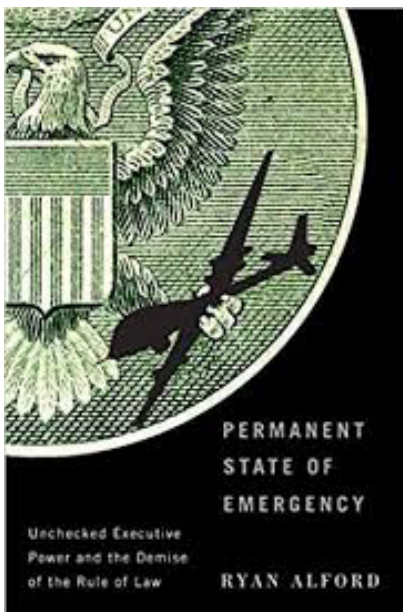
Familie und Sexualität. In der Auseinandersetzung mit den Subalternen schaffe sie eine immer umfassendere Gestaltung der Lebensverhältnisse. Auf immer neuerer Stufenleiter reproduziere sie sich als herrschende Klasse – in der internen Konkurrenz und in den Konflikten mit den Subalternen. Die kapitalistische Produktionsweise bestehe aus „einer Vielzahl von heterogenen, inkongruenten Widerspruchsverhältnissen“ und müsse als „komplex gegliedertes Ganzes“ gesehen werden. (281) Folglich dürfe ein kapitalismuskritischer Intersektionalitätsansatz die Widersprüche nicht auf Ungleichheit und Diskriminierung reduzieren. (Ebd.)

### Fazit

Abschließend fordert Demirović, dass eine intersektionelle Gesellschaftstheorie sich an Marx orientieren müsse. Sie habe sich den vielen gesellschaftlichen Widersprüchen zuzuwenden und deutlich zu machen, dass Emanzipationskämpfe, die in ihrer Vielzahl immer auch Erfolge gezeigt hätten, erst dann ihr gemeinsames Ziel erreichten, wenn „jene Identitäten und Bedingungen von ‚Klasse‘, ‚Rasse‘ und ‚Geschlecht““ überwunden würden. Es gehe darum „die Gliederung und die Organisation der Gesellschaft selbst in Frage [zu] stellen und damit die Lohnarbeit als jene Form, die dem gesamten Kreislauf widersprüchlicher Herrschaftspraktiken den Zusammenhang gibt.“ (282f.) Demirović gelingt es mit seinem Beitrag und seiner Kritik an der Gender- bzw. Intersektionalitätstheorie, und damit auch an linker Identitätspolitik, dem Geschlechterverhältnis im Kapitalismus eine vertiefende materialistische Grundlage zu geben, die die Marxschen Kategorien von Lohnarbeit, Ausbeutung und Klasse in ihrer Ganzheit begreift. Für die Analyse des Herrschaftszusammenhangs muss die auf Klassen bezogene kapitalistische Gesellschaft den notwendigen Rahmen bilden. In diesen Herrschaftszusammenhang sind dann weitere Herrschaftsstrukturen eingelassen. Dies so überzeugend deutlich zu machen, ist sein Verdienst.

# Ein gewählter Diktator

Jobst Paul



Ryan Alford:  
Permanent State of Emergency:  
Unchecked Executive Power and the Demise of the Rule of Law.  
Montreal: McGill-Queen's University Press, 2017.  
352 pp. \$29.95 (cloth), ISBN 978-0-7735-4919-7.

Angesichts der Zugehörigkeit Trumps zu den Boulevard-Medien und angesichts seiner skurrilen ‚Verhaltensabweichungen‘ vergisst man leicht, dass Trump, obwohl unerfahren, sein Amt mit einer ungeheuren Macht antrat und dass er dadurch den Status des Präsidenten innerhalb des US-Verfassungssystems noch einmal real und konkret verändert.

Dies kommt hinzu zur Machtausweitung, die amerikanischen Präsidenten etwa durch den Kalten Krieg, durch neue technologische Mittel, durch den ‚war on terror‘ und durch die faktische Abdankung des Kongresses als Autorität über Krieg und Frieden seit dem 2. Weltkrieg zuwuchs. Hierher gehört auch die Praxis der präsidentialen Verordnungen und Verlautbarungen. Diese Entwicklung kam durch die Nixon-Krise nur zeitweise zum Halten, während Ronald Reagan für einen massiven neuen Schub präsidentialer Macht sorgte, und zwar durch einen ganzen Fä-

cher expansiver Maßnahmen. Den Kern bildete eine ideologisch ausgerichtete und netzwerk-orientierte Personalpolitik im Justizbereich bis hin zum Supreme Court. Ryan Alford verfolgt in seiner Untersuchung Permanent State of Emergency: Unchecked Executive Power and the Demise of the Rule of Law die Entwicklung seit den Anschlägen des 11. September 2001 und zwar insbesondere mit Blick auf die Themen Sicherheit und Streitkräfte. Die USA hätten, so Alford gleich zu Beginn, ihren konstitutionellen Präsidenten durch einen gewählten Diktator (‘elective dictatorship’) und durch einen ans Recht nicht gebundenen Monarchen ersetzt. Alford führt dazu die Bandbreite der nationalen und internationalen, ‚außer-rechtlichen‘ Anti-Terrormaßnahmen an, die regelmäßig an die Dispensierung der einfachsten Menschenrechte gebunden waren, wobei andere Verfassungsorgane diesem Vorgehen sogar zustimmen.

Insbesondere der Kongress untergrub seine Pflicht, präsidentialen Machtmissbrauch zu verhindern, indem die Parteiführer ‚bipartisan‘ (von Bush bis Obama) mit der Administration kooperierten, um Widerstand im Kongress von vornherein abzuwehren. In rechtlicher Hinsicht hat Alford ein öffentlich kaum bekanntes Gremium, den DC Circuit Court of Appeals, recherchiert, das – unterhalb öffentlicher und parlamentarischer Sichtbarkeit als Drehtür für die Stellenbesetzung im Justizwesen, bis hinauf in den Supreme Court diente und offenbar – wie das Beispiel Brett Kavanaugh zeigt - weiterhin dient. Ein besonders vielsagendes Detail ist dabei, dass Kandidaten nach oben lanciert wurden, die (wie Kavanaugh) juristische Gutachten zugunsten der Ausweitung präsidentialer Macht verfertigten.

Im Licht eines gestärkten oppositionellen Selbstbewusstseins der US-Demokraten bleibt abzuwarten, ob sie die Kraft haben, dem präsidentialen Strang der Regierung offenbar verfassungswidrige Kompetenzen wieder abzuringen – vor allem, wenn sie 2020 siegreich sein sollten und dann selbst den Präsidenten stellen.



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)  
**Der Kampf um Räume**  
Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion  
Edition DISS Band 34, 224 S., 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, ›Europa als hegemoniales Raumkonzept‹, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrop (Hg.)  
**Kapitalismus und / oder Demokratie?**  
Beiträge zur Kritik „marktkonformer“ Demokratieverhältnisse  
Edition DISS Band 36, Münster: Unrast 140 S., 18 Euro.

Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus. und thematisiert dabei auch die Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft.

# Elitärer Populismus

Jobst Paul

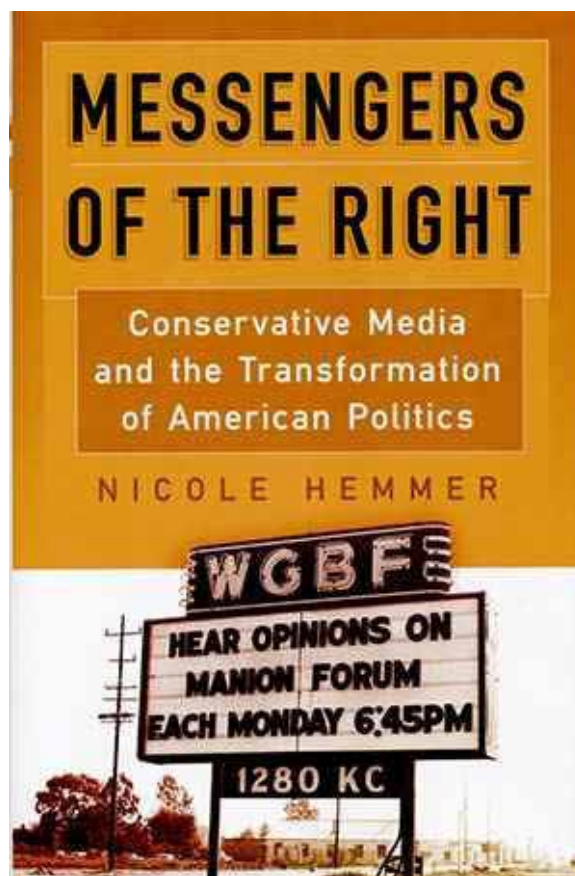
In *Messengers of the Right. Conservative Media and the Transformation of American Politics*<sup>1</sup> skizziert die Politologin Nicole Hemmer die Geschichte einer US-spezifischen, rechtsgerichteten medialen Konstellation, die von den 1950ern bis in die aktuelle Trump-Ära reicht.

Im Zentrum der von Hemmer als ‚elite populism‘ bezeichneten Konstellation stehen zum einen jeweils konservative, eigenwillige Einzelfiguren mit Elite-Hintergrund, d.h. ausgestattet mit erheblichem finanziellen, sozialen und kulturellen Gewicht. Das zweite Merkmal ist die Wahrnehmung jener Einzelfiguren, von einer liberalen, progressiven, egalitären Mehrheitsbewegung in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt worden zu sein. Das dritte Merkmal ist, dass jene Figuren in der Lage sind, sich eine mediale Basis zu schaffen, um gegen ihren Ausschluss vorzugehen. Damit aber werden sie auch – viertens – zu Ankerpunkten jeweils neuer rechts-konservativer Sammlungsbewegungen.

Hemmer kann diese Konstellation mit ihren oft unerwarteten Varianten archetypisch u.a. an Henry Regnery, dem Sproß einer reichen Textilfabrikantenfamilie aus Illinois zeigen. Er hatte in den 1930er Jahren in Deutschland studiert und verurteilte nun sowohl Roosevelt’s New Deal wie auch den Kriegseintritt der USA gegen Deutschland. Die von ihm und Felix Morley 1947 begründete Wochenzeitung *Human Events* (die seit 2014 als Online-Publikation erscheint) versuchte den roll back zu organisieren und behauptete danach in der Tat über Jahrzehnte die rechtskonservative Meinungsführung, etwa über die Unterstützung des Vietnam-Kriegs und der Apartheid in Südafrika. Insbesondere Ronald Reagan soll einen Großteil seiner politischen Orientierung aus *Human Events* bezogen haben.

Mit der Grundkonstellation des ‚elite

<sup>1</sup> Ich stütze mich auf: Brandes, S. “Review of Hemmer, Nicole, *Messengers of the Right. Conservative Media and the Transformation of American Politics*. Philadelphia 2016,” *H-Soz-Kult*, 4. Februar 2019.



Hemmer, Nicole: *Messengers of the Right. Conservative Media and the Transformation of American Politics*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2016. Pp. xvi, 320. ISBN 9780812224306; 9780812248395. \$34.95.

populism‘ gehen nach Hemmer über die Jahrzehnte hinweg zudem immer wieder ähnliche Ingredienzien der recht-konservativen Medienlandschaft einher, so z.B. die Vorliebe für kompromisslosen ideologischen Purismus, zweitens die Selbstinszenierung als Opfer und drittens ein festgefügtes Feindbild der ‚Täter‘, der liberalen Medien der ‚Ostküste‘, d.h. der Hauptstadt Washington.

Alles zusammen dient danach als Begründung einer Kriegsmentalität und Gegenwehr, der mit Blick auf journalistische Ethik und ‚Wahrheit‘ so gut wie alles erlaubt ist. Hemmer kann insbesondere am Beispiel Nixon zeigen, wie sich die Strategie des ‚elite populism‘ fortsetzte, wenn sie die Spitzenposition im Staat eingenommen hatte. Danach verschärfte sich die Kriegsmentalität dieses Populismus noch und gipfelte im Versuch der Etablierung einer „conservative media watchdog industry“. Deren Aufgabe sollte es sein, ei-

ner kritischen, faktenorientierten Journalismus auf lange Sicht zu unterbinden und durch sogenanntes „balanced reporting“, letztlich durch eine unkritische Berichterstattung des status quo zu ersetzen.

Der Vergleich der Analyse Hemmers mit den extrem rechten medialen Strukturen, in die die aktuelle Trump-Administration eingebunden ist, vor allem aber mit der Riege einflussreicher weißer Medien-Mogule hinter Trump, die gegen ihre kommende Bedeutungslosigkeit ankämpfen, zeigt eine überraschende Treffergenauigkeit.



# Wie stoppt man Demagogen?

Oder: Ist Rhetorik für Demagogie verantwortlich?

Jobst Paul

Auch wenn sich Patricia Roberts Miller's kurzes Essay *Demagoguery and Democracy*<sup>1</sup> als Analyse des Phänomens Trump anbietet, so geht ihre Absicht doch eher dahin, die kulturellen Bedingungen in den Fokus zu rücken, die Demagogie erst möglich machen, und Gegenmittel zu formulieren. Roberts Miller lehrt Rhetorik an der Universität Austin in Texas. Sie bestreitet die Annahme, dass Demagogen aufgrund der bloßen Kraft ihrer Persönlichkeit und ihres Charismas hervortreten. Vielmehr bieten Zeiten, in denen die Öffentlichkeit selbst in ihrer Breite polarisierend argumentiert, Demagogen die Chance zum Aufstieg. Ihnen geht daher ein gesellschaftlicher Verlust an eigentlicher Dialogfähigkeit voraus.

Damit aber sieht sich Roberts-Miller umgekehrt genötigt, einige Merkmale von eigentlicher ‚Dialogfähigkeit‘ und der gewünschten demokratischen Erwägungskultur zu formulieren, die nicht - wie für Habermas - von einer erst noch kommenden Herrschaftsfreiheit der Kommunikation abhängt.

Diese Aufgabe wird nach Roberts-Miller dadurch kompliziert, dass die Untersuchenden ihr Urteil, ob es sich um Demagogie handelt, oft davon abhängig machen, ob die in einer Rede vermeintlich vermittelten Werte ihnen zusagen oder nicht. Oft fallen dann die Untersuchenden selbst in die Falle, wenn sie selbst das Hauptmerkmal von Demagogie, die Reduktion auf eine Wir-Sie-Binarität, auf die eigenen guten bzw. die anderen bösen Redner applizieren.

Stattdessen möchte Roberts-Miller die Aufgabe umfassender formulieren, nämlich als Frage, in welchem Ausmaß die öffentliche Erwägungskultur insgesamt das Mittel der Wir-Sie-Binarität einsetzt,

<sup>1</sup> Ich stütze mich auf die Rezension von Ryan Skinnell (San Jose State University). H-Rhetor, H-Net Reviews. May, 2018. URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=52428>.



Patricia Roberts-Miller.  
*Demagoguery and Democracy*.  
 New York: Experiment, 2017.  
 135 pp. \$9.95 (cloth), ISBN 978-1-61519-408-7.

inwiefern also – zugespitzt – eigentlich jeder/jede zum Mittel der Demagogie greift und greifen kann. Mit Blick auf eine eigentliche Dialogfähigkeit dreht daher die Autorin den Spieß um: Danach ist jeder/jede für sich dafür verantwortlich, sich demagogischer Mittel zu enthalten.

Das dürfte aber nur möglich sein, wenn jeder/jede vertieftes Wissen über die Funktionsweise von Wir-Sie-Binaritäten erwerben kann und so die eigene Verstrickung in sie erfahren kann.

Unversehens aber scheint die Autorin gerade um diese entscheidende Aufgabe herum kommen zu wollen, indem sie doch wieder in sehr traditionell-rhetorischer Weise die Einübung gutwilliger rednerischer Haltungen empfiehlt, wie die Fairness den Gegnern gegenüber, die Verantwortung für das Gesagte, die Konsistenz der Rede und die Pflicht, das Gesagte der Überprüfung auszusetzen.

Es ist vermutlich kein Zufall, dass ein solcher Ansatz dann die Räume der Demagogie und die des fairen Austauschs (das wäre dann die konventionelle Rhetorik) als geschiedene Welten betrachten kann.

Die Rhetorik hätte dann für Demagogie letztlich keine Verantwortung und würde in einem gegen Macht und Herrschaft abgeschirmtem Raum agieren. Natürlich kann man einen solchen Versuch, die durchaus fragwürdigen Mittel von Rhetorik über die Distanzierung von Demagogie zu immunisieren, nicht stehen lassen. Die Fiktion der klassischen Bildung, es gebe einen Raum der ‚reinen, guten Rhetorik hat noch nie geholfen, die Ausbreitung demagogischer Rhetoriken aufzuhalten – sie ließ ihnen eher noch Raum. Erst wenn die universitäre Rhetorik die konkrete analytische Dekonstruktion des binären Wir-Sie-Syndroms in ein vor allem auch selbstkritisches Programm übernimmt, wird sie den Anspruch erheben können, etwas gegen Demagogie getan zu haben.

Immerhin kann Patricia Roberts Millers Essay als eine rare Wortmeldung zu dieser noch immer schwelenden Hypothek aus der rhetorischen Disziplin selbst gelten und verdient daher unbedingtes Interesse.

## DISS-Kolloquium 2019

# Entfremdung, Identität und Utopie

Das diesjährige Kolloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (Akademie Frankenwarte, Würzburg, 22.-24. November 2019) ist der Trias von Entfremdung, Identität und Utopie gewidmet. Damit werden gesellschaftstheoretische und gesellschaftskritische Fragestellungen aufgegriffen, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Das Kolloquium thematisiert die gesellschaftlichen und diskursiven Kontexte, in denen diese Fragestellungen aufgeworfen werden, und will die theoretische und politisch-praktische Relevanz dieser kategorialen Trias überprüfen.

## 1.

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische „Welt“ durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem „frühen“ Marx und dem Marx der „Kritik der Politischen Ökonomie“, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag vieler Menschen bestimmen, angefangen von finanziellen Engpässen, Armut, emotionalen Verunsicherungen, Überforderungssymptomen, Entpolitisierung bis hin zu grassierender „geistiger Obdachlosigkeit“ (Kracauer). Diese Erfahrungen schlagen sich in Reaktionen nieder, die sich gegen ‚Feinde‘ aller Art, unter Umständen aber auch gegen sich selbst (Autoaggressionen) richten oder zu Krankheit, Depression führen. Mit der neoliberalen Regulierung des Kapitalismus sind diese Leiderfahrungen vieler Menschen intensiver geworden. Die Verabsolutierung des Verwertungszwangs, der Akkumulation von Kapital und der Konkurrenz prägen die sozialen und emotionalen Verhaltensweisen der Menschen und ihre Entwicklungen

## 2.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um

die Gestaltung von *nichtentfremdeten* Lebens- verhältnissen. ‚Identität‘ (bzw. ‚kollektive Identität‘) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben. Die jeweiligen Gemeinschaftsvorstellungen, ihre Begründungen und Handlungsstrategien werden seit einigen Jahren breit und kontrovers erörtert, dies gerade auch in den Gesellschaftsbildern rechter und linker Identitätspolitik.

Für ‚die‘ Linke stellt sich vor allem die Frage, wie Identitäts- und Klassenpolitik zueinander stehen und miteinander vermittelt werden können. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil sich Identitätspolitik in dem Zwiespalt bewegt, Forderungen durchsetzen zu wollen, die auf konkrete und als benachteiligt verstandene Lebenslagen bezogen sind, deren Umsetzung jedoch vielfach auf systemische Grenzen trifft. Gefragt werden muss, inwieweit die mit den Kategorien ‚Klasse‘, ‚Race‘ und ‚Geschlecht‘ gemeinten gesellschaftlichen Verhältnisse nur überwunden werden können, wenn die Struktur und die Organisation kapitalistischer Gesellschaft selbst in Frage gestellt werden.

## 3.

Besondere Beachtung verdienen aus Gründen der Aktualität rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das „Deutsch-Sein“ (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Wegweisend

waren seit den 1970er Jahren Autoren wie Henning Eichberg, Bernard Willms und Hans-Dietrich Sander. Von Eichberg etwa stammt der Satz, „daß die *Hauptfront des zwanzigsten Jahrhunderts verläuft zwischen Identität und Entfremdung*“. Und er fährt fort: „Entfremdung, das ist Kapitalismus und amerikanischer Kulturimperialismus, multinationale Konzernstrategie und ‚Folklore‘ für den Markt.“ Demgegenüber steht die „Identität, das ist das Volkslied, die Kultur des Volkes, die politische Selbstverwirklichung des Volkes. Identität, das heißt: bei sich selbst zu Hause sein, die Lieder der deutschen Stimme singen, das deutsche Deutschland schaffen“ (H. Eichberg: *Nationale Identität*, 1978, 110). Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen, Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des „Volkhaften“.

Das im Kern völkische Denken der Neuen Rechten enthält ein Versprechen, dass die geforderte Unterordnung unter das gemeinschaftliche Wir – insofern konträr stehend sowohl zum Freiheitsversprechen des (Neo-)Liberalismus als auch zu egalitären Visionen linker Provenienz – vergolten wird durch die Stabilisierung und Stärkung singulärer Persönlichkeiten: Identitätsgewinn durch autoritäre Identifikation. Wie dem politisch zu begegnen ist, ist eine zentrale Herausforderung für die Linke in den nächsten Jahren.

## 4.

Joachim Fest sprach 1991 von einem „Ende des utopischen Zeitalters“, Francis Fukuyama 1989 gar vom „Ende der Geschichte“. Von diesen Ansagen, seien sie konservativer oder neoliberaler Proveni-

enz, kann gewiss keine Rede mehr sein. Bereits ein kurzer Blick auf die von Globalisierungskritikern, Gewerkschaften und zahlreichen Initiativen (beispielsweise *Aktion Mensch*: „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“) geführten Debatten zeigt: Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur. Seit Karl Mannheim und Ernst Bloch wird Utopie nicht mehr primär als ein literarisches Genre („Staatsromane“, „soziale Utopien“), sondern als eine Denkform, als „utopisches Bewusst-sein“ (Karl Mannheim) betrachtet, die es für kultur- und sozialwissenschaftliche Analysen fruchtbar zu machen gilt. Gefragt wurde danach, inwieweit sich Utopie von Ideologie unterscheiden lässt, sowie allgemein nach der sozialen Funktion von Utopien angesichts der seit Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmenden Bedeutung sozialer Bewegungen (z. B. Lebensreform oder Frauenbewegung) und angesichts der Ausdifferenzierung klassischer utopischer Diskurse hin zu Teildiskursen, die keine

gesamtgemeinschaftlichen Entwürfe mehr, sondern diverse Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in den Mittelpunkt stellen: Schul- und Bildungsutopien, Frauenutopien, ökologisch orientierte Utopien etc.. Mit Blick auf das Korrespondenzverhältnis von Entfremdung und Identität wäre also erstens zu fragen, inwieweit der Begriff des Utopischen geeignet ist, im Spannungsverhältnis von Gesellschaftskritik und zukunftsgerichteter praktischer Umgestaltung der Gesellschaft eine motivierende, mobilisierende und verändernde Kraft zu entfalten. Und zweitens: Wie grenzt ein solcher Begriff ab von der neoliberalen Vision einer von allen Hemmnissen befreiten „freien Marktwirtschaft“ auf der einen und der völkischen Vision einer nationalen „Wiedergeburt“ auf der anderen Seite?

## Referenten/-innen

- Marvin Chlada (Duisburg): Utopisches Denken. Anmerkungen zum Utopie-Begriff in den Sozialwissenschaften
- Stefanie Graefe (Jena): Aktuelle Konfliktlinien innerhalb der Linken. Zur falschen Entgegensetzung von Klassenpolitik und Identitätspolitik
- Peter Höhmann (Mülheim/Ruhr): Identitätspolitik. Herausbildung, Deutungsformen und kollektive Bewegung
- Wolfgang Kastrop (Duisburg): Von der Entfremdungskritik zum Fetischbegriff. Karl Marx' gesellschaftskritische Kategorien und ihre kontroversen Deutungen
- Helmut Kellershohn (Duisburg): „Die Hauptfront des zwanzigsten Jahrhunderts verläuft zwischen Identität und Entfremdung.“ Über rechte Entfremdungskritik und Identitätspolitik
- Andreas Kemper (Münster): Gewalt – Autonomie – Utopie
- Jutta Meyer-Siebert (Hannover): Die Bestimmung „notwendiger Arbeit“ als Kampffeld für „revolutionäre Realpolitik“?
- Marvin Müller (Münster): Neuere Entfremdungstheorien bei Rahel Jaeggi, Hartmut Rosa und Axel Honneth
- Eleonora Roldán Mendivil/Bafta Sarbo (Berlin): Klassenkampf statt Diversity-Programme
- Jörg Senf (Rom): „Wer fremde Sprachen nicht kennt, weiß nichts von seiner eigenen“ – Ein Plädoyer für Mehrsprachigkeit
- Lea Susemichel (Wien): Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken

## Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis



Margarete Jäger | Heiko Kauffmann (Hg.)



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

### Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.  
edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Unrast 253 S., 24 Euro

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Totschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor\_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

# Der Mensch. Die Pflanze.

## Das DISS auf der Bundesgartenschau 2019.

Heilbronn in Baden-Württemberg ist seit Anfang April 2019 nicht nur Schauplatz der diesjährigen Bundesgartenschau und somit Reflexionsort zum aktuellen Thema ‚Pflanze und Umwelt‘. Aufgrund einer langen Wirtschaftsgeschichte und an der Schnittstelle unterschiedlicher Verkehrswege ist Heilbronn auch – mit einem Anteil von über 50 Prozent – die Stadt mit ‚Migrationshintergrund‘ an sich: „In der Stadt leben 140 verschiedene Nationen zusammen“, heißt es in einer Broschüre zur Bundesgartenschau.

Doch welchen Beitrag kann dabei die Kunst liefern?

Die Frankfurter Projekt-Künstlerin Silke Wagner, die diese Frage im Auftrag des Heilbronner Kunstvereins beantworten sollte, hatte eine naheliegende wie überraschende Lösung. Bekannt wurde sie schon 2001 durch ihre demonstrative Verfertigung eines ‚Deportation‘-VW-Busses und durch ihre Aktionen zu deutschen Abschiebepraktiken. In Heilbronn hat sie nun die beiden Themen ‚Migration‘ und ‚Pflanze‘, d.h. völlig unterschiedliche Diskursebenen, zusammengebunden: Beide Themen können uns harmonisch, konstruktiv, instruktiv, ja kontemplativ stimmen. Aber sie können auch – als Ausgrenzungsdiskurs – jederzeit mit binären Botschaften aufgeladen werden: Was ‚invasiven‘, ‚gefährlichen‘, ‚sich schnell vermehrenden‘ Pflanzen zugeschrieben wird, findet sich wörtlich auch in rassistischen Tiraden gegen ‚Einwanderer‘.

Silke Wagners 13 luftige, feine, nahezu pastellfarbene Grafiken, in denen sogenannte ‚heimische‘ und sogenannte ‚eingewanderte‘ Pflanzen je eine Einheit bilden, begleiten die Besucher der Blumenschau auf ihrem Weg durch die Stadt, ergänzt durch Statistiken über den Status von ZuwanderInnen in ganz Deutschland. Auf Wagners Vorschlag hin hat es schließlich das DISS (Jobst Paul) übernommen, zusätzlich 13 Denktexte beizusteuern, die nachdrücklich und doch unaufdringlich unterschiedliche Aspekte von Zugehörigkeit und Ausgrenzung thematisieren. Der zweisprachige Projektkatalog (dt/engl) enthält neben diesen Materialien Aufsätze zu Migration, Küche und Botanik. Jobst Paul wird darüber hinaus am 16. Mai 2019 im Kunstverein Heilbronn einen Vortrag zu den ‚Abgründen sprachlicher Abgrenzung‘ halten.



Silke Wagner: Migration und Pflanze.  
 Katalog des Kunstvereins Heilbronn zur Bundesgartenschau 2019 in Heilbronn. Ausstellungshandbuch, hrsg. von Matthia Löbke und Gabriele Sand; Texte (dt./eng.) von Annemarie Bucher, Thomas Breunig, Matthia Löbke und Gabriele Sand, Jobst Paul, Regina Röhmhild. Köln : Snoeck 2019. 248 S. mit 80 farbigen Illustrationen; Format 21,5 x 13 cm, Leinen dreifarbig geprägt. ISBN 978-3-86442-277-5; 24,80 €



AK Antiziganismus im DISS

### Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahreinschätzung am Beispiel

Duisburg

2015 Online-Broschüre

DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.

*Autor\_innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann*

*abrufbar unter: [www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf](http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf)*

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks

### Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

2014 Online-Broschüre

DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

*abrufbar unter:*

*[www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf](http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche--Online-Broschuere--2014.pdf)*